

Preis: € 3,00 (AT), 71. Jahrgang | Erscheinungsort: Wien. Österreichische Post AG, MZ 02Z030510 M | ACADEMIA, Lerchenfelder Str. 14, 1080 Wien

Academia

Politik. Wirtschaft. Religion. Kultur.



4 – 9

Zwei Schwarzgrüne meinen:
„Mittig und machbar!“

10 – 15

Wissenschaft und Bildung –
Was Türkisgrün will

24

Nationalisten und Ultralinke –
Sargnägel Kataloniens?

WANDEL, WENDE, WAGNIS...?

Das türkisgrüne Experiment



WANDEL, WENDE, WAGNIS...?

4

**TÜRKIS-GRÜN
LIEG MITTIG!**

Karlheinz Töchterle

Ein Jahr ACADEMIA um 15 Euro

Das Jahres-Abo im Umfang von sechs Ausgaben kostet nur 15 Euro und kann per E-Mail an academia@oecv.at oder per Telefon unter +43-1-405 16 22 31 bestellt werden. Es genügt auch einfach eine Überweisung des Abonnement-Preises auf das Konto AT11 3200 0002 1014 5050 (Academia) unter Angabe der Zustelladresse.

7

**ZWECKBÜNDNIS, EXPERIMENT
ODER VORBILD?**

Matthias Filbinger

16

**WENIG SUBSTANZ,
ABER VIELE HINTERTÜREN**

Siegfried Albel

22

**IN GROSSER BEDRÄNGNIS –
CHRISTEN IN SYRIEN**

Lukas Ledermann

30

**SEIN
ODER NICHT SEIN ...**

Paul Drobec

10

**EIGENTÜMLICH
AMBIVALENT**

H. Danninger / A. Balthasar

19

**MEHR ALS NUR EIN
PARTNERTAUSCH**

Wilhelm Ortmayr

24

**FEUER DEM STAAT –
TOD DEM KÖNIG...?**

Thomas Kath

33

**DIE SCHLEICHENDE
BEVORMUNDUNG**

Herbert Kaspar

14

**BILDUNGSPOLITIK
IN SCHWARZGRÜNBLAU?**

Wolfgang Türtscher

20

**ZÖGERN
MIT SPÄTFOLGEN?**

Wilhelm Ortmayr

27

**VERGESSENER LEUCHTTURM
DES VÖLKERRECHTS**

Markus P. Beham

34

REZENSION

35

LESERBRIEFE

LIEBE LESER!

Die erste Ausgabe der ACADEMIA im neuen Jahr erscheint einige Tage später als zunächst geplant. Es war uns wichtig, die Regierungsbildung und das Programm von Türkisgrün abzuwarten, um unseren Lesern wirklich profunde Analysen einiger Kernkapitel bieten zu können. Zum Thema Schule und Bildung schreibt (ein weitgehend zufriedener) Wolfgang Türtscher (Le), zur Landesverteidigung (ein eher besorgter) Siegfried Albel (The). Die ambivalenten Eindrücke zum Kapitel Wissenschaft und Forschung von Alexander Balthasar (F-B), der seinerzeit für die ACADEMIA schon über türkisblaue Vorhaben schieb und Herbert Danninger (Nc) geben Anlass zu einer Premiere. Die beiden Professoren haben diesen Programmabschnitt so genau unter die Lupe ge-

nommen, dass die Langversion des Artikels den Umfang dieses Heftes gesprengt hätte. Daher haben wir ein neues Angebot geschaffen: Die Druckausgabe der ACADEMIA bietet eine kompakte Version der Analyse, die volle Fassung ist unter www.academia.or.at abrufbar.

Dort, auf der ACADEMIA-Homepage, findet sich übrigens auch eine Langfassung einer hervorragenden Analyse des Katalonien-Konfliktes aus der Feder von Thomas Kath (Rg), die profundes Wissen und persönlich Erlebtes gekonnt verbindet. Kompakt im Heft – ausgefeilt im Internet.

Türkisgrün wird in dieser Ausgabe freilich nicht nur programmatisch beleuchtet. Zwei Autoren, die beide Welten kennen, Ex-Minister

Karlheinz Töchterle (Le) und der CDU-Ministerpräsidenten-Sohn Matthias Filbinger (AlSt) analysieren vorsichtig optimistisch die Chancen und Hürden, die dem koalieren Konservativ-Bürgerlicher mit Grünalternativen inne wohnen. Dazu gibt es gesammelte Reaktionen und einen Kommentar zur türkisgrünen Premiere am Ballhausplatz.

Abgerundet wird dieses Heft durch einen aufrüttelnden Artikel über die lebensbedrohende Situation, mit der sich Christen in Nordsyrien gegenwärtig konfrontiert sehen, durch eine sehr persönliche Kritik eines echten Opern- und Theaterkenners an der Performance der Bundestheater und es gibt ein Portrait über den Völkerrechtler und Pazifisten Heinrich Lammasch, dessen 100.



Todestag sich dieser Tage jährt.

Die Redaktion wünscht angenehme Lektüre – im Heft und auf www.academia.or.at

Wilhelm Ortmayr (Lo, NdW)
Chefredakteur

Academia Ausgabe 1/2020 (Februar).

Medieninhaber: Cartellverband der katholischen österreichischen Studentenverbindungen (ÖCV).

Mit der Herausgabe beauftragt: Gerhard Jandl. **Chefredakteur:** Wilhelm Ortmayr. **Redaktion:** Florian Kamleitner, Lucas Semmelmeier, Herbert Kaspar, Gerhard Hartmann. **Layout:** Stephanie Seiler. **Verlagsleitung:** Gerhard Jandl.

Redaktionsmanagement: Maximilian Bähr. **Adresse (alle):** Lerchenfelder Straße 14, 1080 Wien; +43 1 405 16 22-31; academia@oecv.at; www.academia.or.at. **Reproduktion/Druck:** Print Alliance HAV Produktions GmbH, 2540 Bad Vöslau.

Fotos/Grafiken (sofern nicht anders angegeben): ACADEMIA-Archiv, ÖCV-Archiv, Adobe Stock, Pixabay, privat. **Cover:** Stephanie Seiler (Adobe Stock). **Verkaufspreis:** EUR 3,00. **Abo:** EUR 10,00/Jahr (Studenten), EUR 15,00/Jahr (Normalpreis). **Verkaufsstellen:** Wien 8, ÖCV-Sekretariat, Lerchenfelder Straße 14; Wien 15, Trafik Lipka, Mareschgasse 32. Bruck/M.: Trafik Kamper, Herzog-Ernst-Gasse 23. Hartberg: Trafik Denkmeyr, Kirchengasse 6. Innsbruck: Trafik Wacker, Museumsstraße 38; Trafik Sezemsky, Brunecker Straße 1.

Hinweise: Beiträge, die die offizielle Meinung des ÖCV wiedergeben, sind als solche gekennzeichnet. Alle anderen Publikationen stellen nur die persönliche Meinung des Autors dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewährleistung übernommen. Redaktionell abgeschlossen am 28.1.2020.

TÜRKIS-GRÜN LIEGT MITTIG!

KARLHEINZ TÖCHTERLE

In einem Interview mit den „Salzburger Nachrichten“ hatte ich am 2. Dezember auf einen erfolgreichen Abschluss der Koalitionsverhandlungen zwischen Schwarz / Türkis und Grün gehofft, weil eine solche Koalition „mit beiden Augen“ sähe, also sowohl Wirtschafts- als auch Umweltbelange gebührend berücksichtigte.

Das vorliegende Verhandlungsergebnis nährt diese Hoffnung und andere dazu, vor allem, dass es dieser Koalition gelingen könnte, eine von einer breiten Mehrheit akzeptierte Politik der Mitte zu gestalten, die sich weder in Handlangerdiensten für etablierte Interessensgruppen noch im Verfolgen extremer Ideologeme verzettelt oder gegenseitig blockiert. Mit dem Zugeständnis von Freiräumen, wo die Koalitionspartner in ihren jeweils zentralen Bereichen Gestal-



tungsmöglichkeiten vorfinden, könnte dem Verhandlungsteam ein genialer Schachzug gelungen sein, der die bisher geläufige koalitionsfreie Praxis des oft lähmenden kleinsten gemeinsamen Nenners überwinden hilft.

HAUSHALT AUSGEGLICHEN UND ÖKOLOGISIERT

Im türkisen Kernbereich von Wirtschaft und Finanzen

sticht schon einmal das Bekenntnis zu einem ausgeglichenen Haushalt hervor, weil es der linken Praxis, Geld auszugeben, das man nicht hat, einen dezidierten Riegel vorschiebt. Ich habe diese Praxis selbst mehrfach und leidvoll erlebt, vor allem in der Verschwendungswut des „koalitionsfreien Raums“ jeweils kurz vor dem Auslaufen von Legislaturperioden, wo sich fast immer die SPÖ

federführend hervortat und die ÖVP leider manchmal vor sich hertrieb, wie etwa bei der Abschaffung des Pflege regresses – eine durchaus erwägenswerte Maßnahme, die aber ohne jede Finanzierung am Ende der vorletzten Legislaturperiode beschlossen wurde. Ich schäme und ärgere mich noch heute, dass ich mich damals dem Klubzwang gebeugt und diese üble Praxis nicht angeprangert habe.



Dann findet sich in diesem Kapitel eine Fülle von standortfördernden Maßnahmen, aus denen ich beispielshalber den leichteren Zugang zu Risikokapital hervorheben möchte: Gerade dieses Manko hat uns bei Innovationsrankings bisher immer geschadet.

Auch im Steuerbereich findet sich einiges für die Wirtschaft Förderliche, aber auch eine Fülle von sozialen Verbesserungen und erste Schritte hin zu einer Ökologisierung des Systems. In beiden Bereichen mag man grünen Einfluss verorten, wengleich die ökosoziale Wirtschaftsorientierung bekanntlich als „schwarze“ Erfindung des seinerzeitigen ÖVP-Obmanns Josef Riegler (LIJ) gilt. Dass hier noch kein ausgefeiltes Konzept vorliegt, wird bemängelt, doch

Schnellschüsse in diesem komplexen Bereich, wo eine Kernkompetenz nicht nur dieser Regierung, sondern der weltweiten Bemühung um fortschrittsverträglichen Klimaschutz gefragt ist, wären mehr als unseriös.

Wenn auch Querschnittsmaterie, wird dieser Klimaschutz vor allem in einem neuen Superministerium vorangetrieben werden, das man der jungen und kompetenten, aber wohl doch eher noch unerfahrenen Leonore Gewessler von den Grünen anvertraut. Ihr Erfolg wird den des gesamten Projekts wesentlich mitbestimmen

KNACKPUNKT SICHERHEIT?

Das größte Konfliktpotential in dieser Koalition schrieb

man schon im Vorfeld dem Thema der Migration zu, und tatsächlich reiben sich Medien und Opposition jetzt an einem Detail daraus, der „Sicherungshaft“ für potentielle „Gefährder“. Sie wird als verfassungs- und menschenrechtswidrig kritisiert, obwohl sie in gar nicht wenigen EU-Staaten bereits praktiziert wird. Mit dem Argument eines grünen Mitverhandlers aus Vorarlberg, dass man damit den Mord an einem Beamten seines Bundeslandes verhindern hätte können, ist deren Sinnhaftigkeit wohl erwiesen. Und man wird sich zweifellos hüten, dem Verfassungsgerichtshof hier erneut Raum für seine politische Korrekturfreude zu bieten.

Im Übrigen verstehe ich nicht ganz, was an der türkischen Migrationshaltung, wie

immer wieder behauptet, so besonders rigide sein soll. Wie kann man illegale oder unregelmäßige Zuwanderung wollen? Wofür brauchte es Asylverfahren, wenn deren negativer Ausgang völlig folgenlos bliebe? Und warum nicht genauer zwischen den Tatbeständen Asyl und Migration unterscheiden? Das wird beiden Bereichen nur gut tun, zumal, wenn man, wie geplant, mit einer ausgeweiteten Rot-Weiß-Rot-Karte besser auf die Nachfrage am Arbeitsmarkt reagieren kann. Ich glaube, dass auch in diesem Bereich dem Interesse einer breiten Mehrheit gefolgt wird, die weder massenhaften Zuzug mit der Fülle nachfolgender Probleme (von denen übrigens eines, nämlich die beträchtlichen Kosten für die Allgemeinheit, kaum je thematisiert

wird) noch kalte Unmenschlichkeit goutiert.

BILDUNGSPFLICHT IST SINNVOLL

Eine größere Anzahl von Punkten des Regierungsprogramms muss ich hier übergehen, ich komme zum Schluss zu Bildung und Wissenschaft, den mir nahestehendsten Bereichen. Hier wird schon die Wiederbestellung Heinz Faßmanns für die Fortsetzung einer besonnenen Politik sorgen. Wichtig finde ich, dass die Grünen ihren ideologiegetriebenen Widerstand gegen eine spezielle Förderung von Deutschkenntnissen entweder aufgegeben oder durch das Erkämpfen von Verbes-

serungen gemildert haben. Dass sie für förderliches Unterrichten unabdingbar sind, leuchtet unmittelbar ein, und in den Pausen oder im Familienkreis wird eben oft gerade nicht Deutsch gesprochen.

Die von Kurz schon seit längerem propagierte „Bildungspflicht“ schlägt sich jetzt im Plan einer „Mittleren Reife“ nieder, die den Pflichtschulabschluss standardisieren und damit die Anschlussfähigkeit an jedwede Weiterbildung sichern könnte – ein

sinnvolles Vorhaben, dem ich allen Erfolg wünsche.

Dieser Erfolg kann sich insgesamt erst einstellen, wenn sich die ambitionierten Vorhaben auch finanzieren lassen. Darüber findet sich im vorliegenden Programm wenig Konkretes, und man darf gespannt sein, wie sich der neue Finanzminister hier schlägt. Im Einzelfall wird die Umsetzung auch dadurch schwierig werden, dass sie schon von Teilen der eigenen Klientel zumindest miss-

trauisch beäugt, ja oft auch bekämpft werden wird. Auf der einen Seite werden sich etwa Touristiker an Ausbaugrenzen, Gasfüße an Tempolimits stoßen, auf der anderen grüne Linksaußen an Wirtschaftsförderungen und an jeder Abschiebung. Dazu kommen unausweichlich die massiven Störfeuer der Opposition, die natürlich keine Gelegenheit zur Wählerrückgewinnung auslassen kann.

Dennoch möge das Wagnis gelingen!



Em. o. Univ.-Prof. Dr. Karlheinz Töchterle (Le, AIn, SKH)

war ab 1997 Lehrstuhlinhaber für Klassische Philologie und von 2007 bis 2011 Rektor der Uni Innsbruck. Von 2011 bis 2013 war er Bundesminister für Wissenschaft und Forschung und von 2013 bis 2017 Abgeordneter der ÖVP im Nationalrat. Bis zu seiner Rektorswahl war er im Land Tirol und in seiner Gemeinde Telfes im Stubai für die Grünen aktiv.

© Parlamentsdirektion/
PHOTO SIMONIS

DIE ZUKUNFT VON KYC

IST DIGITAL



eKYC VEREINFACHT IHREN PROZESS SIGNIFIKANT. Wir haben den Know-Your-Customer (KYC) Prozess komplett digitalisiert und vereinfachen den Ablauf aller KYC-Aktivitäten. Ihr Aufwand reduziert sich signifikant um bis zu 50 Prozent! Erleben Sie wie einfach unser digitaler KYC-Prozess ist: www.myRaiffeisen.com/eKYC

 **Raiffeisen Bank International**

Meine Business-Bank.

ZWECKBÜNDNIS, EXPERIMENT ODER VORBILD?

BETRACHTUNGEN EINES SCHWARZ-GRÜNEN EX-POLITIKERS

MATTHIAS FILBINGER

„Wiener Balanceakt“ so überschreibt die „Frankfurter Allgemeine“ auf ihrer Titelseite am 6. Jänner 2020 einen kritischen Kommentar über das neue Regierungsbündnis in Österreich. Ein Zweckbündnis oder eine neue europäische Vorbildkoalition?

Zur gleichen Zeit veröffentlichten die renommierten Prognoseinstitute für Deutschland die aktuellen politischen Vorhersagen: CDU 28 Prozent und Grüne 20 Prozent als stärkste Parteien. Auch dies klingt nach der einzig möglichen Zweier-Regierungskoalition. Ein Experiment? Auf Bundesebene wohl, auf Landesebene nicht mehr. Dort kennen wir schwarz-grüne oder grün-schwarze Regierungsbündnisse schon lange. Sei es in Hessen oder bei uns in Baden-Württemberg, wo die Grünen in den Landtagen Regierungsverantwortung

übernommen haben. Als Bürger des letztgenannten Bundeslandes konnte ich die Entwicklung der Grünen von einer alternativen Oppositionspartei zu einer regierungsfähigen und den Ministerpräsidenten stellenden Partei erleben.

Dieser Prozess hat Land und Leute bewegt und führte letztendlich dazu, dass die Grüne Partei zur stärksten in Baden-Württemberg wurde. Innerhalb von vier Jahrzehnten verlor die CDU nicht nur ihre absolute Mehrheit (1976 noch fast 57 Prozent), sondern auch mehr als die Hälfte ihrer Wählerschaft auf nunmehr (Landtagswahl 2016) gerade noch 27 Prozent, während sich Grün in dieser Zeit von null auf über 30 Prozent zur stärksten Partei entwickelte.

Im Wahlkampf 2016 hatten die Grünen für die Fortführung der grün-roten Ko-



Dipl.-Kfm. Matthias Filbinger (AISt)

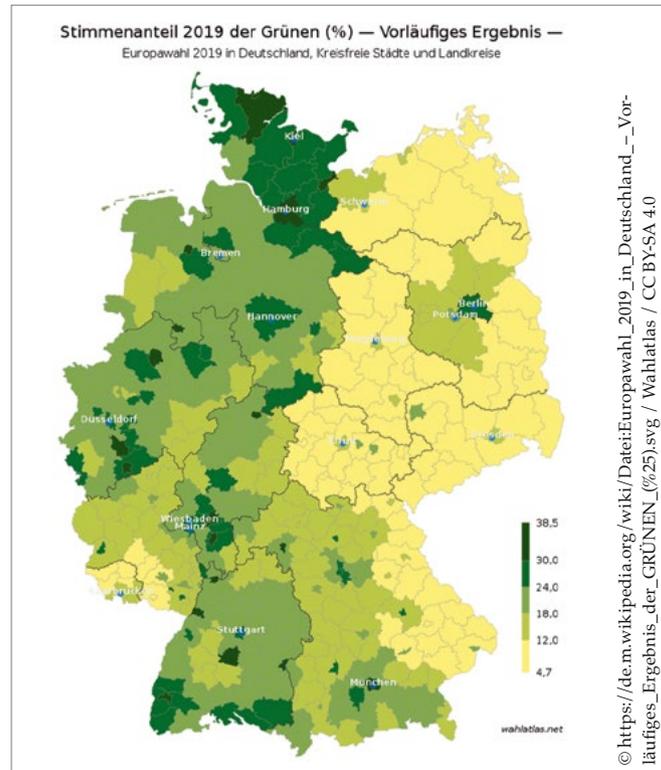
ist geschäftsführender Gesellschafter einer Unternehmensberatung in Stuttgart. Neben seiner Tätigkeit als Consultant ist er Aufsichtsrats- und Beiratsvorsitzender diverser Gesellschaften, sowie ehrenamtlich als Handelsrichter am Landgericht Stuttgart, Ausschussmitglied der IHK sowie Erster Vorsitzender des regionalen Bundes der Selbstständigen. Jahrgang 1956, verheiratet, drei erwachsene Kinder. Politisch war er zunächst in der CDU aktiv, bevor er 2009 zu den Grünen wechselte. Für diese hatte er bis 2014 kommunal- und landespolitische Funktionen inne. Sein Vater Dr. Hans Filbinger war von 1966 bis 1978 CDU-Ministerpräsident von Baden-Württemberg.

alition und die CDU für ein schwarz-gelbes Bündnis gewonnen. Die grün-schwarze Koalition sei „nicht unser erklärtes Ziel“ gewesen, heißt es in der Präambel des Koalitionsvertrages. „Die Wählerinnen und Wähler haben uns durch ihr Votum aufgefordert, einen neuen Weg zu gehen.“ Ja, es ist ein Zweckbündnis, jedoch erlaube ich mir festzustellen, dass es mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede zwischen diesen beiden Parteien gibt. Aus heutiger Sicht betrachtet wage ich ferner zu behaupten, dass diese Entwicklung in unserem Bundesland kein Zufall war, sondern sich durch eine Vielzahl von Ereignissen ergab, welche ich hautnah erleben konnte.

SCHWARZ GEBOREN, GRÜN GEWORDEN

Aufgewachsen in einer politisch ultra-schwarz geprägten Familie und mit einer auf den christlich-katholischen Werten basierenden autoritären Erziehung zu Hause wie auch später im Jesuitenkolleg St. Blasien, lebte ich als Heranwachsender in einem Umfeld, in welchem politisch keine Alternative zur CDU und auch keine andere Meinung erwünscht war. Die Erfahrungen einer stets im Rampenlicht stehender Familie und das jähe Ende der politischen Karriere des Vaters hielten mich lange Zeit von politischen Engagements ab.

Erst im Alter von 40 Jahren begann ich, mich als CDU-Mitglied in die Regionalpoli-



tik aktiv einzubringen, vor allem und leidenschaftlich bei den Themen Wirtschaft, Umwelt und Verkehr. Umwelt und Natur hatten bereits in der Kindheit eine große Rolle gespielt: Statt Flugreisen in den Süden stand Wandern und Skilaufen auf dem Programm.

Die fachliche Zusammenarbeit mit den gegenüber sitzenden grünen Parlamentariern zeigte Wirkung, wie das „Zeit“-Magazin berichtete: „2007 kollidierten das Grüne und das Konservative zum ersten Mal: Die CDU war für den Bau eines Fernbusbahnhofs, eine Folge des Bahnprojekts Stuttgart 21. Filbinger war gegen beides, vor allem aber dagegen, dass mehr als 100 Busse am Tag durch Vaihingen rollen sollten. Erst wurde er gemaßregelt, später bestellte man ihn

zu einem Termin und ließ ihn dann sitzen. Filbinger, den an der CDU schon länger das Hermetische gestört hatte, die mangelnde Bereitschaft, querdzudenken und Querdenker zuzulassen, erklärte den Austritt aus der Partei.“

Es war dann nur noch eine Frage Zeit, bis es zum Eintritt in die grüne Partei und zur Übernahme eines politischen Mandats kam. Es folgten spannende Jahre in der aufstrebenden Partei, in die ich meine Erfahrungen gerne einbrachte.

KADERPARTEI – ABER MEHR DEMOKRATIE

Mittlerweile aus dem politischen Leben zurückgezogen, will ich einige für mich wichtige Erkenntnisse aus grün-schwarzer Zeit, aber auch für CVer relevante Aspekte,

insbesondere kirchliche, zusammenfassen:

Die politische Willensbildung bei den Grünen erfolgt basisdemokratischer und diskursintensiver als bei den Schwarzen. Dadurch kann sich das Parteimitglied besser mit dem Programm identifizieren.

In der Vorgehensweise zur Besetzung von Positionen in Behörden nach einem Regierungs- oder Ministerwechsel unterscheiden sich die Parteien nicht: Das eigene „bewährte“ Personal kommt zum Zuge und wird eingewechselt. Den politischen „Ellenbogen“ und das Karrieredenken kennt man auch bei den Grünen. Es wird schon lange nicht mehr in dem ursprünglichen Maße rotiert wie einst vereinbart.

VIELE AKTIVISTEN IN DEN KIRCHEN

Das Thema Kirche und Religion wird bei den Grünen intensiv diskutiert, wobei das Verhältnis zur Kirche eher als ambivalent bezeichnet werden kann. Klare Abgrenzungen oder auch Verbindungen zur Kirche sind weniger klar bestimmbar als bei den „christlichen“ Parteien CDU/CSU. Eine parteiinterne Kommission der Grünen erarbeitete ein umfangreiches Dokument zu „Weltanschauungen, Religionsgemeinschaften und Staat“, in welchem eine striktere Trennung von Kirche und Staat verlangt wird, aber auch die Arbeitsbedingun-



40 Jahre Grüne Veränderung: Einst Rebellen in Pullovern, die für parlamentarische Daueraufregung sorgten (Jürgen Reents und Joska Fischer) ...

gen kirchlicher Mitarbeiter angeprangert werden. Der seit acht Jahren regierende grüne Ministerpräsident Baden-Württembergs und bekennende Katholik Winfried Kretschmann hingegen bezieht eine eindeutige Position: „Religionsgemeinschaften bilden das Werte-Fundament, auf dem der Staat überhaupt erst existieren kann, denn der Staat an sich hat keinen moralischen Kompass.“ Als Mitglied des Zentralkomitees der deutschen Katholiken gewinnt er mit solchen Aussagen Sympathie und Wählerstimmen.

Gemeinsamkeiten zwischen Kirche und Grünen finden sich in den Bereichen Migration, Frieden und Umwelt. Die Kirche und ihre Hilfsdienste setzen sich wie auch die Grünen für eine Entwicklungspolitik ein, welche nachhaltig und menschenwürdig für die Bewohner der Herkunftsländer gestaltet sein soll. Als Sammelbecken aus der Friedensbewegung fanden sich zur Gründerzeit der Grünen viele vom christlichen Pazifismus geprägte Mitglieder. Für die Kirche ist

der Frieden eines der grundsätzlichen Themen schlechthin. Die von den Grünen verwendeten Parolen „Frieden schaffen ohne Waffen“ oder „Ohne Rüstung leben“ stammen aus der ökumenischen Friedensbewegung.

Eine der ersten Grünenlosungen „Wir haben die Erde von unseren Enkeln nur geliehen“ ist gerade in der heutigen Zeit der Klimadiskussion und „Fridays for future“-Aktionen aktueller denn je. Die Schöpfung zu bewahren, dabei Mensch und Natur zu achten, gehört zu den christlichen Grundwerten und bietet Kirche und Partei die Chance, verantwortungsvoll an den aktuellen Debatten teilzuhaben.

Gegensätzliche Positionen bestehen nach wie vor beim Schutz des ungeborenen Lebens („Du sollst nicht töten“) sowie in der Genderdiskussion („Gott erschuf Mann und Frau“). Mit der Genderthematik setzen sich die christlichen Kirchen mittlerweile, auch durch die Einwirkung der Grünen, intensiver auseinander. Dies alles zeigt,



...heute smarte Mittelstandspartei für alles und jeden. In Deutschland sind die Grünen damit längst zweitstärkste Kraft.

wie sich Grüne und Kirche nähern können, und eine schwarz-grüne Politik immer mehr zusammenpassen kann.

TÜRKISGRÜN IST MEHR CHANCE ALS RISIKO

Der „Wiener Balanceakt“ bietet die Chance, von einem

Zweckbündnis zu einer europäischen Vorbildkoalition zu reifen. Der Erfolg und die Verantwortung liegen bei den politischen Akteuren. Eine Herausforderung auch für politisch engagierte CVer, welche Kompromissbereitschaft zeigen, querdanken und verantwortungsvoll die Zukunft gestalten wollen.

Redaktioneller Hinweis:
Der Beitrag wurde von der Redaktion aus Platzgründen erheblich gekürzt. Die von den Verfassern autorisierte vollständige Version ist auf www.academia.or.at nachzulesen.

EIGENTÜMLICH AMBIVALENT

WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG IN TÜRKISGRÜN

HERBERT DANNINGER / ALEXANDER BALTHASAR

Wissenschaft ist sichtbar wichtig – kaum ein Bereich kommt künftig, geht es nach diesem Programm, ohne wissenschaftliche Erkenntnisse aus. Das zum Ausdruck kommende Politikverständnis liegt durchaus im internationalen Trend, ist aber in dieser Balance in Österreich doch neu.

Ganz im Einklang mit diesem Politikverständnis betont das Programm: „Wissenschaft und

Forschung sind Basis für gesellschaftlichen Fortschritt ...“; „wissenschaftliche Erkenntnisse [sollen] möglichst vielen ... Bürgern zugänglich gemacht werden“, „die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft“ soll gestärkt werden. So richtig und wichtig dies alles ist, so sehr fällt doch eine gewisse Akzentverschiebung zum vorigen Programm auf, wo es geheißen hatte: „Wissenschaft und Forschung sind

Voraussetzungen echter *Personlichkeitsentfaltung* in einer Gesellschaft ...“

Ebenso fällt auf, dass weitere liberale Duftmarken des vorigen nunmehr fehlen, auch wenn natürlich auch das aktuelle Programm einleitend die „Wissenschafts- und Lehrfreiheit“ betont und den „Privatuniversitätsbereich“ immerhin einmal, wenngleich eher kryptisch, erwähnt.

Gerade vor diesem ambitionierten Stellenwert von Wissenschaft verdient natürlich die Frage gesteigertes Interesse, wie die heimischen institutionellen Träger der Wissenschaft par excellence – die Universitäten – in die Lage versetzt werden sollen, diesen gesellschaftlichen Ansprüchen zu genügen.

FINANZIERUNG

Besonderen Wert legt das neue Programm auf das „Sicherstellen des Universitätsbudgets bis 2027“. So erfreulich dies klingt, so drastisch enthüllt gerade dieses Versprechen die nach wie vor *schwache Seite der verfassungsrechtlich festgeschriebenen Universitätsautonomie*: denn klarerweise sind auch sieben Jahre ein für die Gewährleistung des Forschungs- und Lehrbetriebes völlig unzureichender Zeitraum. Auch





wenn daher der gute Wille der jetzigen Regierung anzuerkennen ist, das gegenwärtige Budget in den nächsten Jahren jedenfalls einmal nicht zu vermindern, so handelt es sich doch vor allem um ein *politisches* Signal, nicht jedoch um eine nachhaltige Lösung. Nun haben sich in der Tat in den letzten Jahren die Budgets der Universitäten erfreulich positiv entwickelt; ob jedoch auch dieser (der geforderten „Qualitätssicherung“ dienende) Trend „sichergestellt“ sei, lässt sich dem Programm, das lediglich von „Indexierungen“ spricht, nicht entnehmen.

WISSENSCHAFTLICHES PERSONAL

Dieser Vorbehalt der Finanzierung scheint auch bei der nunmehrigen Bezugnahme auf „Laufbahnstellen“ durchzuschimmern: war 2017 noch von deren zahlenmäßiger Steigerung die Rede, so ist jetzt nur mehr deren

„Verankerung“ die Rede. Nicht unbedenklich ist – aus der Sicht der Universitäten – ferner die Überlegung, zusätzliche Karrierewege für reines Lehrpersonal („Senior Lecturers“) zu eröffnen. Wissenschaftliches Personal an Universitäten sollte generell in Lehre und Forschung tätig sein. Ferner fällt auf, dass sich zum derzeitigen Wildwuchs an Alternativen zum früher ausschließlichen Berufungsverfahren für die vormaligen Ordinarien kein einziges Wort findet, trotz bereits fundierter Kritik aus den Reihen der Professenschaft.

UNIVERSITÄRE GOVERNANCE

So naheliegend die im Programm erwähnte Stärkung der Leitungsgewalt der Rektorate durch eine Richtlinienkompetenz auch sein mag: Bedenkt man, dass dieses Vorhaben flankiert wird durch den Wunsch nach einer Modernisierung (auch) der „Universitätsorga-

nisation“ mit dem Ziel der *Beschleunigung der Entscheidungsprozesse*, wofür auch das „Verhältnis ... in den Entscheidungsstrukturen“ zwischen „Universitätsrat, Rektorat, Senat“ überdacht werden soll, dann scheint die *universitäre Autonomie unter Druck* zu geraten.

PRIVATUNIVERSITÄTEN UND FACHHOCHSCHULEN

Zur Absicht einer Reform des derzeitigen Privatuniversitätengesetzes (PUG) fehlt jedes Problembewusstsein zur Berücksichtigung der strukturellen Besonderheit der PUs, wo die Freiheit der „Wissenschaft und ihrer Lehre“ nicht nur jedem dort lehrenden Wissenschaftler, sondern jedenfalls auch dem Träger zusteht. Die Einrichtung von „Stiftungsprofessuren“ an öffentlichen Universitäten *importiert* dieses an PUs bestehende Problem – zumindest bei lebensnaher Betrachtung – an die öffentlichen Universitäten.

In noch erweitertem Ausmaß als 2017 findet sich die Absicht, den FH-Sektor auszubauen. So begrüßenswert dies grundsätzlich ist: Hier müssen die Universitäten aufpassen, nicht mittelfristig völlig abgedrängt zu werden, zumal die im Programm 2017 genannte „gesamthafte Hochschulplanung“ nicht mehr vorkommt. Nur am Rande sei erwähnt, dass das gegenwärtige Programm die Schlüsselrolle der *Pädagogischen* Hochschulen auch für die „Eignungsprüfung“ der künftigen Lehrer an *höheren* Schulen festschreibt. Ob dies wirklich der Weisheit letzter Schluss sein kann, wird sich weisen.

AUSTRIAN SCHOOL OF GOVERNMENT

Das Vorhaben, die Verwaltungsakademie „in Richtung einer Austrian School of Government zu entwickeln“, wirft die Frage auf, ob der Staat künftig dazu tendiere, sein Personal *generell* wieder

selbst, abseits der Universitäten, auszubilden – was die akademische Freiheit der Wissenschaft in Fächern wie der Jurisprudenz maximal unterliefe und von den Universitäten strikt abgelehnt werden müsste.

SCHNITTSTELLE SEKUNDARSTUFE/UNI

Hinsichtlich der Universitäten findet sich im aktuellen Programm lediglich der verschämte Hinweis, dass die „bestehenden Zugangsregelungen“ „qualitätvoll und fair [weiterentwickelt]“ werden sollten, während – nur! – in Zusammenhang mit den Fachhochschulen zweimal das Steuerungselement „bedarfsgerecht“ aufscheint. Soll dies etwa bedeuten, dass der eingangs unterstrichene Grundsatz der „freien ... Studienwahl“ (weiterhin) lediglich für die Universitäten gelten solle (nicht aber für die FHs), oder wurde hier schlicht ein sehr wohl gesehener Widerspruch zwischen „frei“ und „bedarfsgerecht“ nicht aufgelöst? Oder liegt die Auflösung gar in dem angedachten (aber nicht näher präzisierten) „Anreizsystem für bestimmte Studien, deren ... Absolventen am Arbeitsmarkt stark nachgefragt sind“?

VERHÄLTNIS ZUR BERUFLICHEN BILDUNG

Grundsätzlich spannend ist dagegen das Vorhaben, auch „berufspraktische Qualifikationen“ in den Grundsatz „kein Abschluss ohne

Anschluss“ einzubeziehen. Denn dies bedeutete, ernst genommen, nichts anderes als die Eröffnung eines Weges zu universitären Abschlüssen etwa für Handwerksmeister.

Bevor die vielen Vorteile eines solchen inklusiven Ansatzes (nicht zuletzt etwa hinsichtlich sozialer Durchlässigkeit, des Abbaus des Gefälles zwischen Stadt und Land, aber auch der Etablierung eines der zunehmenden Verweiblichung des Bildungssystems entgegenwirkenden Faktors) lukriert werden können, müssten freilich erhebliche Anstrengungen hinsichtlich der Standardisierung der qualitativen Anforderungen der beruflichen Bildung unternommen werden.

FORSCHUNG

Der Forschungspolitik sind zwei umfängliche Unterkapitel gewidmet, was darauf hindeutet, dass diese grundsätzlich erfreulicherweise – (auch) der neuen Regierung ein großes Anliegen ist. Wie so oft, steckt der Teufel jedoch auch hier im Detail:

- Die Zentrierung der Forschungsförderung bei zwei außeruniversitären Institutionen (FWF und FFG) läuft dem gesetzlichen Auftrag der Universitäten, *selbst institutionelle Träger der Forschung* zu sein, zuwider. Wenn die Forschung an den Universitäten immer stärker von der Finanzierung durch externe Förder-

organisationen abhängt, wird die Autonomie der Universitäten im Forschungsbereich zunehmend untergraben und von Entscheidungen in diesen, teilweise monopolartigen, Organisationen abhängig und die „Freiheit der Forschung“ damit immer mehr zu einer leeren Hülle.

- Zur Passage über die „außeruniversitäre Forschung als *wesentlicher* Teil der österreichischen Forschungslandschaft“: Bei allem Verständnis für die Sinnhaftigkeit etwa industrieller oder zivilgesellschaftlicher Forschung wäre hier doch das *Regel-Ausnahme-Prinzip* zu beachten. Hier ist künftig Wachsamkeit geboten, auf dass die Universitäten nicht letztlich existenzgefährdenden Druck geraten.
- Die prononcierte Unterscheidung zwischen Grundlagen- und angewandter Forschung erscheint gerade im Bereich der *universitären* Spitzenforschung eher künstlich, bzw. erfordert gerade qualitätvolle „angewandte“ Forschung einen steten Rückgriff auf die bzw. eine Weiterentwicklung der jeweiligen Grundlagen. Hier sollten keine künstlichen Barrieren geschaffen / beibehalten, sondern viel eher Förderprogramme, die diese Trennung überwinden, ausgebaut werden.

- Neu und überraschend ist das klare Bekenntnis zu der *Verpflichtung*, wissenschaftliche Ergebnisse aus öffentlich geförderten Forschungsprojekten *ausschließlich in open access-Medien zu publizieren*. Auch wenn das Argument, die Ergebnisse öffentlich geförderter Forschung sollten auch öffentlich zugänglich gemacht werden, berechtigt erscheint: Die dieser Verpflichtung inhärente Vorgabe, nur in ganz bestimmten Medien zu publizieren, stellt eine signifikante Einschränkung der wissenschaftlichen Freiheit dar.

STUDIENRECHT

Zunächst fehlt nunmehr das vormalige Bekenntnis zu einem „höheren Maß an Selbstorganisation“ bzw. einem „selbstbestimmten Studium“ der Universitätsstudenten. Der Fokus liegt nunmehr auf der „Senkung der Drop-outs und Verkürzung der Studiendauer“.

Tendenziell gegenläufig dazu scheint die „flexible Studieneingangsphase“, bei der offenbar ein gleichzeitiges „Hineinschnuppern“ in verschiedene Studien vorgesehen ist, um die endgültige Wahl des „richtigen“ Studiums zu erleichtern. Denn dies heißt ja nichts anderes, als dass während dieser Phase Lehrveranstaltungen aus mehreren Studien besucht werden können. So sympathisch diese Wiederbelebung



des früheren „studium generale“ anmutet: Unter den gegenwärtigen Finanzzwängen wäre jedenfalls in exakt dem Ausmaß, in dem diese Phase genützt wird, die Berechnung der Drop-out-Quote neu aufzusetzen. Man könnte auch fragen, ob damit nicht generell die Unentschlossenheit oder gar das Scheininskribententum neuerlich gefördert werde, zumal auch (an sich richtigerweise) an eine Wiedereinführung von Studienbeiträgen in der früheren Form nicht gedacht ist (es ist lediglich von einer „Beibehaltung des derzeit bestehenden Systems ... mit regelmäßiger Valorisierung“ die Rede).

Ein gewisser Zielkonflikt zeigt sich auch bei dem Bestreben, einerseits – richtigerweise – im Studienrecht zu deregulieren, andererseits ein eigenes Teilzeitstudienmo-

dell, gekoppelt an lediglich bestimmte (jeweils in einem *Individualverfahren* zu prüfende!) Voraussetzungen, zu schaffen. Wäre es nicht hier besser, an Universitäten vollständig zum Modell der studentischen „Selbstorganisation“ zurückzukehren, d.h. im Rahmen eines vorgegebenen Curriculums nicht nur die Studiendauer, sondern auch den Besuch von Lehrveranstaltungen einzig in die Hand des Studenten zu legen?

Klang schon im Programm 2017 mit Blick auf die Beibehaltung von noch bestehenden Magister- bzw. Diplomstudiengängen eine leichte Absetzung vom Bologna-System an, so lässt das gegenwärtige Programm mit der Idee eines „Kombinationsstudiums Master und PhD“ aufhorchen. Beide Ansätze sind aus der Sicht zumindest jener Universitäten,

die als höchste wissenschaftliche Qualifizierung noch die Habilitation kennen, uneingeschränkt zu begrüßen, weil die vollständige „Ochsentour“ (Bachelor / Master / PhD / Habilitation) nicht nur zumindest einen Grad zu viel enthält, sondern auch all jene, die sie auf sich nehmen müssen, im internationalen Konkurrenzkampf benachteiligt. Statt aber, wie bereits derzeit bei Professorenberufungen verstärkt Praxis, deshalb auf die Habilitation zu verzichten, sollte es gerade „selbstorganisierten“ Universitätsstudenten wieder zugetraut werden, einen Spitzegrad (Doktorat bzw. zumindest Diplom-Ingenieur oder Magister) *ohne sämtliche gegenwärtige Zwischenstufen* zu erreichen.

Klar muss jedenfalls sein, dass bei einer solchen „Kombination“ die Anforderungen

an die einzelnen Niveaus nicht verwischt werden. Denn gerade die Dissertation als „selbstständige wissenschaftliche Arbeit“ gibt unseren promovierten Absolventen wertvolle Qualifikation sowohl für eine akademische Laufbahn als auch für die Praxis. Ebenso wie, nochmals eine Ebene höher, in aller Regel erst die Habilitation zeigt, ob der Kandidat wirklich in der Lage ist, einen eigenständigen „wissenschaftlichen Fußabdruck“ zu hinterlassen.

FAZIT

Letztlich fällt die Bewertung des Kapitels „Wissenschaft und Forschung“ eigentümlich ambivalent aus: gerade in einem Regierungsprogramm, in dem so deutlich wie noch nie zuvor der gesamtgesellschaftliche Stellenwert der Wissenschaft betont wird, läuft der klassische institutionelle Träger der Wissenschaft, die Universität, gleich auf mehreren Fronten Gefahr, zerrieben und zunehmend marginalisiert zu werden. Darf man hoffen, dass fortschreitende Deliberation hier noch Abhilfe schaffe?

REDAKTIONELLER HINWEIS:

Der Beitrag wurde von der Redaktion aus Platzgründen erheblich gekürzt. Die von den Verfassern autorisierte vollständige Version ist auf www.academia.or.at nachzulesen.



Erstautor:

Univ.-Prof. Dr. techn. DDDr. h.c. Herbert Danninger (Nc)

2011 bis 2019 Dekan der Fakultät für Technische Chemie der TU Wien, seit 2018 Amtsträger des ÖCV für Hochschulpolitik.



Zweitautor:

MinR Priv.-Doz. Mag. phil. Dr.iur. Alexander Balthasar (F-B)

seit 2016 Gastprofessor für Öffentliches Recht an der Andrassy Universität Budapest; 2017/2018 Vorsitzender des Wiener Universitätszirkels im ÖCV.

BILDUNGSPOLITIK IN SCHWARZGRÜNBLAU?

VERSUCH EINER BEWERTUNG DES BILDUNGSPROGRAMMS DER REGIERUNG KURZ II

WOLFGANG TÜRTSCHER

Als am 2. Jänner das Regierungsprogramm der zukünftigen schwarzgrünen Bundesregierung verkündet wurde, war man zuerst gespannt, wie denn die bis dahin vollkommen unterschiedlichen bildungspolitischen Vorstellungen der beiden zukünftigen Regierungspartner unter den sprichwörtlichen „gemeinsamen Hut“ zu bringen seien. Es war bald klar, dass auch hier das Gesetz der „beiden Welten“ gilt – das Bildungsprogramm ist von den bürgerlichen Wertvorstellungen „Leistungsorientierung, Praxisorientierung und Sachlichkeit“, nicht aber von Gesamtschulphantasien geprägt und schließt relativ klar an das Bildungsprogramm der schwarzblauen Regierung aus dem Dezember 2017 an, das dann von Bildungsminister Heinz Faßmann unter großem Applaus des österreichischen „Bildungsbürger-

tums“ umgesetzt und dementsprechend heftig von der egalitären Linken bekämpft worden ist.

LEISTUNG UND VERLÄSSLICHKEIT

Das Kapitel „Bildung“ gliedert sich in folgende Kapitel:

- Stärkung der elementaren Bildung.
- Deutschförderung im Bildungssystem.
- Starke Schulen brauchen gute Organisation, bedarfsgerechte Ressourcen und moderne Lehr- und Lerninhalte.
 - Bedarfsgerechte Ressourcen für unsere Schulen.
 - Schulorganisation verbessern.
- Stärkung der dualen Ausbildung.
- Lebensbegleitendes Lernen: Gute Bildungsangebote für Erwachsene.

Hervorheben kann man dabei einige Punkte, die einerseits die Leistungsbereitschaft in den Vordergrund stellen, aber auch die Verlässlichkeit und „bürgerliche Wertvorstellungen“ berücksichtigen:

- Stärkung der Elementarpädagogik – besserer Übergang Kindergarten-Volksschule,
- Ausbau und Flexibilisierung der ganztägigen Schule zur Hebung der Wahlfreiheit der Eltern,
- verpflichtender Ethikunterricht für alle, die keinen konfessionellen Religionsunterricht besuchen,
- Ausbau und Flexibilisierung der Deutschförderklassen – Fortsetzung der verpflichtenden Sprachförderung auch nach Aufnahme als ordentlicher Schüler,
- individualisierte Kompetenzfeststellung am Ende

der 3. Klasse der Volksschule als eine Voraussetzung einer besseren Bildungswegentscheidung mit zehn Jahren,

- Beherrschen der Grundkompetenzen in Deutsch, Mathematik und Englisch als eine Voraussetzung zur Beendigung der Schullaufbahn –Einführung der Mittleren Reife,
- Lehre stärken – Durchlässigkeit erhöhen und Ausbildungsmöglichkeiten modernisieren – Wiedereinführung des „Blum-Bonus“ zur Qualitätssicherung,
- Einführung einer verbindlichen Feedbackkultur,
- Erhaltung und Ausbau der Sonderpädagogik,
- Systematische Begabtenförderung,
- konsequente und schnellere Reaktionen gegenüber Schulpflichtverletzungen,

- Benennung von 100 Brennpunktschulen, die eine besondere Förderung erhalten,
- stärkere Kontrollen von Bildungseinrichtungen, die im Verdacht stehen, im Widerspruch zu unseren demokratischen Werten zu stehen,
- weltanschaulich neutrale, wissenschaftsbasierte Sexualpädagogik und Akkreditierungsverfahren für Vereine und Personen, die das an Schulen anbieten wollen,
- Entwicklung inhaltlich anspruchsvoller und leistungsorientierter Lehrpläne, die klar festlegen, welches Wissen und Können die Absolventen zu erwerben haben,
- Bekenntnis zu einem nach Leistung differenzierten Schulsystem, das den unterschiedlichen Talenten, Fähigkeiten und Interessen der Kinder gerecht wird.

KEIN HERUMSCHUMMELN BEI MEGABAUSTELLEN

Dass das Bildungsprogramm insgesamt und die Amtsführung von Heinz Faßmann so gelobt wird, hängt auch einerseits damit zusammen, dass Faßmann einen kooperativen Führungsstil pflegt und die Betroffenen rechtzeitig in die Entscheidungen einbindet, andererseits aber auch die Bereitschaft zeigt, erkannte „Baustellen“ nicht nur zu benennen, sondern an deren Behebung zu arbeiten. Dazu gehören u. a.:



- Evaluierung der Bildungsdirektionen, v. a. im Bereich der internen und externen Kommunikation,
- Optimierung der Lehrerfortbildung,
- Erarbeitung eines Quereinsteigermodells für Pädagogen,
- Evaluierung der Pädagogenausbildung,
- mehr schulische Praxis für Lehramtsstudenten,
- Evaluierung der Neuen Oberstufe – Entwicklung von Alternativmodellen, z. B. eine echte Modularisierung – zeitnahe Entscheidung darüber, wie es mit der Neuen Oberstufe weitergehen soll,
- Überprüfung und Weiterentwicklung der Neuen Reifeprüfung,
- Reform des Mathematikunterrichts: Mathematik muss auch ohne digitale Rechenhilfen beherrscht werden,
- Bonussystem für Schulen, die die Wiederholungsprüfungen in der letzten Ferienwoche durchführen,
- Sicherstellung eines zügigen Schulstarts durch klare Verwaltungsvorgaben.

KLARE LINIEN UND EIN ENDE DER REFORMITIS

Wenn wir nun fragen, welche Inhalte der schwarzblauen Regierung aus dem Jahr 2017 fehlen, sind das nur diejenigen, die schon „erfüllt“ sind: Die Wiedereinführung einer verständlichen Notengebung auch in der Volksschule und die Möglichkeit bei schulischen Absenzen schneller und wirkungsvoller zu reagieren sind eingeführt und haben sich im Wesentlichen bewährt. Dass es dagegen, vor allem bei der Notengebung, weltanschaulich motivierten Widerstand gibt, ist nicht überraschend.

Insgesamt gilt: Das schwarzgrüne Bildungsprogramm ist innovativ, praxisbezogen, großzügig, differenziert, fördert und unterstützt in gleicher Weise förderungswürdige und begabte Schüler.

Der 2017 durch die Bundesregierung Kurz I und Bildungsminister Faßmann eingeleitete Umschwung hin zu mehr bildungspolitischer Verlässlichkeit wird nun durch die schwarzgrüne Regierung bestätigt – das ist erfreulich und alles andere als selbstverständlich. Mit einer gewissen Berechtigung kann man es als „schwarzgrünblaues Bildungsprogramm“ bezeichnen – das hätte auch den Vorteil, dass es im Parlament dafür eine Zweidrittelmehrheit gibt. Und – was viele in der Schule Tätigen sich sehnlichst wünschen: ein Ende der „Reformitis“, das Ende von Reformen um der Reform willen!



OStR Mag. Wolfgang Türtscher (Le)

unterrichtet am BG Bregenz-Blumenstraße Deutsch, Geschichte und Ethik. Er ist Obmann der ÖAAB-Lehrer Vorarlbergs und Pressesprecher der Initiative „Pro Gymnasium“. Im Studienjahr 1980/81 war er Vorortspräsident des ÖCV.

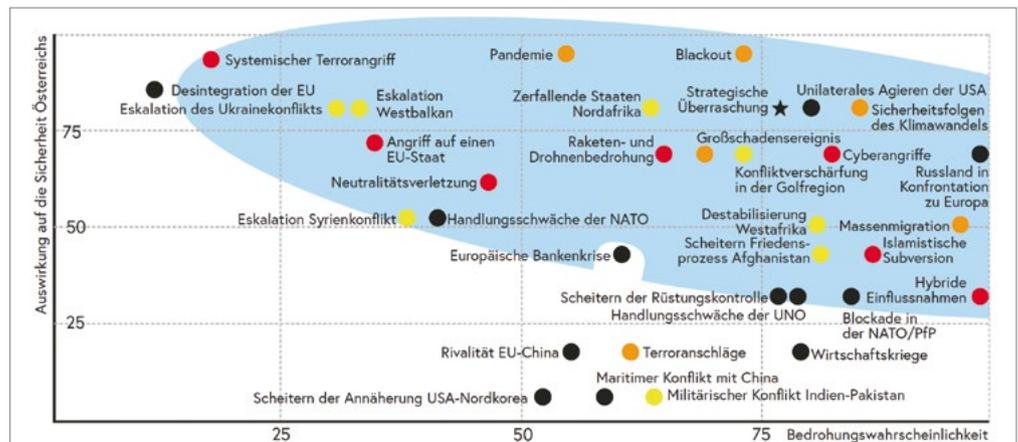
WENIG SUBSTANZ, ABER VIELE HINTERTÜREN

Zum Thema „Landesverteidigung und Krisen- und Katastrophenschutz“ finden sich im neuen Regierungsprogramm ganze sieben Seiten. Relativ wenig für ein sehr komplexes Thema, umso vielfältiger sind die Interpretationsmöglichkeiten. Waren sich die Autoren der Bedeutung des Textes wirklich bewusst?

SIEGFRIED ALBEL

Viele Offiziere, aber auch Repräsentanten jener Vereine, die in der Plattform „Wehrpflicht für ein wehrhaftes Österreich“ zusammengeschlossen sind, meinen, in der Zusammenfassung der Themen „Landesverteidigung“ und „Krisen- und Katastrophenschutz“ die Absicht zu erkennen, das explizit für die militärische Landesverteidigung vorgesehene Instrument „Bundesheer“ in eine „leicht bewaffnete Feuerwehr“ umwandeln zu wollen.

Andere wiederum sehen in diesem Text eine durchaus vernünftige Diskussionsgrundlage, um zu realistischen und verantwortungsvollen Lösungen für die angesprochenen Themen zu kommen. Genau das ist der Punkt, der auch mir ein Anliegen ist. Ich möchte ihn aus meiner Lebens- und Berufserfahrung aber auch aus



Risikobild Österreich 2020

X-Achse: Plausibilität des Eintretens eines Risikos, Y-Achse: angenommene negative oder direkte Auswirkung auf die Sicherheit und Sicherheitsinteressen Österreichs, Ellipse: Risiken von vorrangiger Relevanz, rote Risiken: Landesverteidigung, gelbe Risiken: Regionalkonflikte, orangene Risiken: Extremereignisse, schwarze Risiken: geopolitische oder geoökonomische Risiken, die zu den genannten Risikokategorien werden können

© Bundesministerium Landesverteidigung

meiner Erfahrung als Lokalpolitiker beleuchten.

Ganz pragmatisch und nüchtern betrachtet ist eine Situation, in der die bewaffnete Macht eines Staates zum Einsatz kommt (kommen muss?), eine Krise. Allerdings kann man durchaus behaupten, dass „Verteidi-

gung“ nicht ein Notfall oder Elementarereignis ist, sondern primär eine politische Krise. In deren Folge können natürlich auch andere Arten von Krisen entstehen. Für die Bewältigung einer derartigen Situation sind aber primär entsprechend bewaffnete militärische Kräfte erforderlich. Man sollte daher wissen, wie

diese Formationen aussehen müssen, wie sie „funktionieren“ und den Bedarf daran frühzeitig decken. Denn erst im Anlassfall damit zu beginnen wäre jedenfalls zu spät. Denn allein die Beschaffung militärischen Gerätes dauert Jahre und die Implementierung von Gerät in ein System (Ausbildung, Training der

Verwendung, Organisation der Instandhaltung, Logistik etc.) weitere Zeit.

Anders hingegen sind Krisen und Katastrophen zu sehen, die zwar eine Notsituation für viele Menschen darstellen, in denen aber nicht Waffen zur Bewältigung benötigt werden. Wenn ich an die krisenhafte Situation in Zusammenhang mit starken Schneefällen oder an Hochwassersituationen denke, dann werden zu deren Bewältigung viel „Arbeitsgerät“ (also geländegängige Fahrzeuge und Arbeitsmaschinen aller Art, Schaufeln und mehr) und vor allem viel Personal benötigt, um rasch helfen zu können. Beides hat das Bundesheer. Und es ist in der Lage, Gerät und Mannschaften organisiert und langfristig mit minimalen Mehrkosten zur Verfügung zu stellen.

Das Bundesheer ist also vielseitig verwendbar – aber es muss eindeutig auf seinen in der Bundesverfassung festgeschriebenen Hauptzweck

ausgerichtet sein, auf die militärische Landesverteidigung. Eine Politik, die dies ignoriert, könnte ich nicht als verantwortungsvoll bezeichnen. Eine Politik, die die Handhabung des einzigen Instrumentes zur Bewältigung der Aufgabe „militärische Landesverteidigung“ nicht kennt oder nicht kennen will, müsste ich vielmehr als verantwortungslos bezeichnen.

MAN SOLLTE KLAR SAGEN, WAS MAN WIRKLICH WILL

Wir kennen die Risiken, mit denen Österreich konfrontiert ist (siehe Grafik). In der Regierungserklärung finden sich dazu Aussagen, die als Lösungsansätze tauglich sind. Aber nur, wenn man sie richtig interpretiert! So auch in der Frage von „schwerem Gerät“.

„Militär“ ist ein System aus mehreren Komponenten, die zusammenwirken müssen, um im entscheidenden Augenblick jedem Gegner gegenüber zwingend überlegen sein zu können. Schwere Waffen sind Teil dieses Systems. Wer sie daher als unnötig bezeichnet, unterliegt einem gravierenden Trugschluss. Wer Soldaten einen derartigen Vorteil vorenthält, der handelt (grob) fahrlässig. Vor allem dann, wenn er vielleicht gleichzeitig der Polizei solche Systeme zugesteht, obwohl diese ja nicht primär gegen entsprechend bewaffnete und militärisch organisierte Formationen zum Einsatz kommt.

Ich ziehe daher folgende Schlussfolgerungen: Aus meiner Sicht ist das vorliegende Regierungsprogramm hinsichtlich der

Verfassungsbestimmungen für die militärische Landesverteidigung grundsätzlich richtig und hat gute Ansätze.

Die Vermengung mit „Krisen- und Katastrophenschutz“ ist unglücklich, weil daraus möglicherweise Fehlschlüsse oder Fehlinterpretationen entstehen können.

Die Fokussierung auf die Kernaufgabe des Bundesheeres scheint dadurch in den Hintergrund zu treten, obwohl gerade dies bei den auch angesprochenen Auslandseinsätzen deutlich im Vordergrund stehen muss.

„Frieden schaffen ohne Waffen“ muss wohl ein Traum bleiben, so lange jemand Waffen hat, diese zum Nachteil anderer einsetzt und man ihn daran auch nicht hindert oder hindern kann.



Oberst i. R. Tit. Prof. Dr. Siegfried Albel, MSD MSc (The, A-S)

war Panzeroffizier, hat an der Militärakademie und an der Universität Sopron unterrichtet. Er ist Präsident der Interessengemeinschaft der Berufsoffiziere Österreichs (IGBO) und Präsidiumsmitglied der Initiative Wehrhaftes Österreich. In Blumau-Neurisshof war er ÖVP-Obmann.

WK-WAHL 2020
3.–5. März | wkwahl.wien
Liste 1 - Wirtschaftsbund

Farben tragen, Farbe bekennen: Der Wiener Wirtschaftsbund und seine Kandidaten zur Wirtschaftskammerwahl

Alle Kandidaten und die Möglichkeit zur Beantragung des Wahlkartenantrags unter: www.wkwahl.wien



Mag. Matthias Lang

v/o Radamanthys, K.Ö.H.V.
Sängerschaft Waltaria

Kandidat in der Fachgruppe
„Versicherungsmakler und Berater
in Versicherungsangelegenheiten“



Dr. Josef Mantl, MA

v/o Hochriegl, K.Ö.St.V. Traungau, K.a.V.
Bajuvaria, K.Ö.H.V. Mercuria, K.Ö.St.V. Erasmus

Kandidat in der Fachgruppe
„Werbung und Marktkommunikation“



Mag. Peter Pongratz

v/o Bonifaz, K.Ö.H.V. Mercuria

Kandidat in der Fachgruppe
„Finanzdienstleister“



Mag. Wolfgang Eckel

v/o Tassilo, K.Ö.H.V. Mercuria

Kandidat in der Fachgruppe
„Buch- und Medienwirtschaft“

und viele weitere mehr...

www.europameisterschaft2020.at

Sei dabei, wenn unsere National-11 spielt!

Bukarest

13.06. – 15.06.2020



ÖSTERREICH

PLAY-OFF-SIEGER

ab € 999 p.P.

Amsterdam

17.06. – 19.06.2020



ÖSTERREICH

NIEDERLANDE

ab € 1.299 p.P.

Bukarest

21.06. – 23.06.2020



ÖSTERREICH

UKRAINE

ab € 999 p.P.

Im Juni heißt es Daumen drücken, wenn Österreich seine Vorrundenspiele der Europameisterschaft 2020 in Amsterdam und Bukarest bestreitet. Wenn Du live dabei sein willst, sichere Dir jetzt eines unserer Fußballpackages Kategorie 3 (Flug, Hotel und Transfers inklusive).

Dein JeschkooOo, Dan, Alln

☎ 01/534 11 534
em2020@columbus.at

COLUMBUS

8x in Wien | 6x in NÖ | 2x in Linz | Salzburg | Eisenstadt | Oberwart | Innsbruck | Wolfurt | Graz

MEHR ALS NUR EIN PARTNERTAUSCH

WILHELM ORTMAYR

Nun haben die Grünen also ihre erste Chance genützt. Denn noch nie zuvor bestand nach Nationalratswahlen rechnerisch die Möglichkeit, mit ihnen eine Zweierkoalition zu bilden. Sebastian Kurz hat die Öko-Partei nun auf die Regierungsbank geholt, auf der sie schon immer sitzen wollte. Denn Grüne sind nicht für die Opposition geboren. Sie wollen die Welt verbessern ... und neuerdings sogar den ganzen Planeten retten.

Und sich selbst. Denn es haben nicht nur die Vertreter jener vier Bundesländer, wo die Grünen in Regierungsbündnissen stehen, auf das Zustandekommen der Koalition im Bund gedrängt. Vielmehr war es der brutale Schock des 15. Oktober 2017. Sich am Weg zur Mittelpartei während konfrontiert mit der bitteren Erkenntnis, nicht einmal 200.000 Stammwähler

zu haben. Nach 30 Jahren im Nationalrat dazustehen ohne festgefügte Parteistruktur. Dass die sich am besten schaffen lässt in Regierungsverantwortung, wissen auch die Grünen. Dass sie sich auf dem Altar der Kompromisse „geopfert“ hätten, um eine Neuauflage von Türkisblau zu verhindern, ist hingegen reiner Mythos.

Nun hat mit ihnen erstmals eine Gruppe auf Ministersesseln Platz genommen, die sich nicht als „Klientelpartei“ versteht. Wer Jahre lang „Ein gutes Leben für alle!“ plakatiert, diesen Slogan tatsächlich glaubt und auch zu wissen vermeint, wie dieses „gute Leben“ aussieht (oder auszu- sehen hat), der möchte wirklich jeden glücklich machen. Auch die die türkisen Verhandler mussten sehr schnell zur Kenntnis nehmen: Für Grüne keine ist kein einziger Politikbereich Nebensache.

Mit Kogler, Gewessler & Co. vollziehen sich gleich mehrere Paradigmenwechsel. Erstmals wird Österreich von einer Partei mitregiert, deren Kader und Wähler einer Wirtschaftsordnung, die auf Leistung, Wettbewerb und Wachstum ausgerichtet ist, mehr als kritisch gegenüberstehen. Genauso wie sie ein leistungsorientiertes, differenzierendes Bildungssystem tendenziell ablehnen und kein klar vermittelbares Bild der kulturellen Identität und Werteordnung unserer Gesellschaft haben. Dafür sind Technikskepsis und Zukunftsangst ausgeprägt.

Überdies – und das macht den politischen Prozess künftig gewiss nicht einfacher – ist die Grüne Basis in hohem Maß durchsetzt mit Personen, denen Singular- und Partikularinteressen wichtiger zu sein scheinen als das Ganze. „Wir haben

eine hohe Anziehungskraft für Spinner“, meinte vor kurzem eine Abgeordnete der Grünen (und verwehrte sich sofort dagegen, zitiert zu werden).

Noch haben die sprichwörtlichen Basiswappler nur gemurrt, als die Details des Regierungspaktes bekannt wurde. In den sozialen Netzwerken war der grüne Unmut allerdings deutlich lauter als es die 93 Prozent Zustimmung am Bundeskongress vermuten ließen. Die grüne Wählerschaft reicht von den Hainburg-Veteranen bis in die urbanen Zentren, wo die gut gebildeten Erben und die Modernisierungsgewinner der Generationen X und Y in perfekt aufgeblähter Infrastruktur leben und der Work-Life-Balance frönen. Sie alle bei Laune zu halten wird für Kogler & Co. schwieriger als das Verhandeln im Winterpalais.

ZÖGERN MIT SPÄTFOLGEN?

Die türkisgrüne Regierung hat um das heiße Pensionsthema einen weiten Bogen gemacht. Experten sprechen von fehlendem Weitblick. Mehr Zufriedenheit herrscht mit den Kapiteln Familie und Umwelt – zumindest auf bürgerlicher Seite.

WILHELM ORTMAYR



Während Kurz und Kogler in Sachen Umwelt- und Klimaschutz das „mit Abstand engagierteste Programm vorgelegt haben, das es in Österreich je gab“ (Umweltbundesamt-Geschäftsführer Georg Rebernik (Nc)), zeigte sich die neue Koalition in anderen zukunftsentscheidenden Bereichen auffallend passiv. „Die kolossalen Folgen der alternden Gesellschaft auf die heimischen

Sozialsysteme werden völlig ausgeblendet“, bemängelt etwa Franz Schellhorn, Direktor der Agenda Austria.

Bereits heute muss der Bund ein Viertel des jährlichen Budgets dafür aufwenden, die Differenz zwischen den Einzahlungen der Aktiven und den Pensionsleistungen zu finanzieren – Tendenz dramatisch steigend. Daher sind sich die Fachleute einig,

dass es nicht genügen wird, das faktische Pensionsantrittsalter an das gesetzliche heranzuführen. Vielmehr müsse es zu einer Anhebung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters kommen.

„Die jüngste Regierungsmannschaft der Zweiten Republik“ bleibe hier alles schuldig“, kritisiert Schellhorn, der befürchtet, dass Bundesregierung dadurch

auch eines ihrer zentralen Ziele verfehlen wird: Die Entlastung der Bürger, ohne gleichzeitig neue Schulden aufzunehmen.

Positiv bewertet wird das türkisgrüne Programm vom Katholischen Familienverband. „Die Pläne zeigen, dass Familien als Leistungsträger wahrgenommen werden und die Herausforderungen für Familien bekannt sind“,

sagt Präsident Alfred Trendl (NbW).

Besonders begrüßt werden:

- das Vorhaben, im Rahmen einer groß angelegten Zeitverwendungsstudie die aktuellen Kinderkosten erheben zu lassen,
- das Bekenntnis zum konfessionellen Religionsunterricht,
- den Ethikunterricht für jene, die keinen Religionsunterricht besuchen,
- die Erhöhung des Kindermehrbetrages von 250 auf 350 Euro und seine Auszahlung als Negativsteuer an all jene, die keine Lohnsteuer zahlen,
- das ausdrückliche Verbot der Leihmutterchaft,

- die geplante Einführung eines zentralen Registers für Eizellen- und Samenspenden,
- die im Kapitel zur Pflege enthaltenen Maßnahmen wie Pflegebonus für pflegende Angehörige sowie ein freier Tag im Monat, um Burn Out vorzubeugen.

NACHBESSERN BEI PFLEGE UND TEILZEIT

Mutigere Schritte hätte sich der Familienverband beim Thema „Teilzeit“ erwartet. Gefordert wird eine bessere pensionsrechtliche Anrechnung bei Teilzeit aufgrund von Betreuungspflichten. Außerdem müsse die partnerschaftliche Aufteilung

der Elternteilzeit jedenfalls eine alleinige Entscheidung der Eltern bleiben. Bei Pflegeversicherung sollte berücksichtigt werden, ob und wie viele Kinder jemand betreut und erzogen hat. Dies sei ein maßgeblicher Beitrag im Sinne der Generationengerechtigkeit, so Trendl.

Ähnlich wie Agenda Austria und Familienverband bewertet auch der MKV das Programm. Die Familienkapitel seien erfreulich, das Zögern bei den Pensionen und bei der Abschaffung der kalten Progression hingegen unverständlich. Explizit begrüßt werden vom MKV die Verankerung eines Unterrichtsprinzips „Digitale Kompetenzen“ in der Schule sowie

die geplante österreichweite Jahresnetzkarte. Auch die Zeitverwendungsstudie sei sinnvoll, weil sie Kostenwahrheit bringe

Auch bei Caritas-Präsident Michael Landau (Alp) hinterließ das Programm einen ambivalenten Eindruck: „Wenn auch wichtige und sinnvolle Reformen etwa im Bereich der Pflege, der Pensionen oder im Hospizbereich angegangen werden, so bleibt am Ende der Lektüre doch ein Eindruck vorherrschend: Das Programm schwächelt dort, wo es um armutsbetroffene Menschen geht – etwa um Alleinerziehende, um kinderreiche Familien und um arbeitslose Menschen.“

DAS IST EIN

MISTVERSTÄNDNIS!

Mit Müll kennen wir uns aus.

Wenn Sie Bauschutt, Grünschnitt, Erdaushub, Altholz etc. loswerden möchten, haben wir die Lösung: Ihren mobilen Container, ganz einfach zu bestellen auf containerdienst24.at. So sorglos kann entsorgen sein.

INFO-HOTLINE

050 / 283 300

**CONTAINER
DIENST24.at**

WEG MIT DEM DRECK!

IN GROSSER BEDRÄNGNIS – CHRISTEN IN SYRIEN

Abraham, der Patriarch des Judentums, des Christentums und des Islam, stammte aus Ur in Chaldäa, dem heutigen Irak. Die Situation der Christen wird in dieser Region und im gesamten Nahen Osten stetig schwieriger. Ihre Zahl nimmt dramatisch ab.

LUKAS LEDERMANN

Speziell in Syrien üben radikal-islamische Gruppen und unterschiedliche politische Machthaber immer größeren Druck auf die immer kleiner werdende Gruppe der Christen aus. Schon rund 78 Prozent der Christen und etwa 21 Prozent der Gesamtbevölkerung haben das Land verlassen, Hoffnung auf Rückkehr gibt es kaum. Otmar Oehring von der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin schildert in einer neuen rezenten Studie die tragische Situation der Christen in Syrien: „Es herrscht Krieg, Menschenrechte werden mit Füßen getreten und Christen verlassen scharenweise das Land. Hoffnung auf eine Verbesserung der katastrophalen Lebensumstände gibt es gegenwärtig kaum.“

Die Situation vor dem Krieg war aus der Sicht der Christen besser. Der syrische Präsident Assad gewährte ihnen

Religionsfreiheit, sie konnten ihre Religion ungestört ausüben, sofern sie sich politisch nicht engagierten, und im Regelfall ein gutes Leben führen.

KONVERTITEN UNTER DRUCK DER TÜRKEI

Vor dem Hintergrund der Erfahrung mit radikal-islamischen Gruppen haben sich – wenn auch in kleiner Zahl – örtlich Muslime dem Christentum angeschlossen, da sie sich von der Grausamkeit der Radikalen abgestoßen fühlten. Allerdings hat dieser Schritt für manchen Konvertiten schon sehr bald zu Repressalien, Unterdrückung, Folter und Hinrichtung geführt. Als die Türkei im Frühjahr 2018 im nordwest-syrischen Afrin einmarschierte, flüchteten die dort lebenden Konvertiten aus diesem Grund unter anderem nach Aleppo.

Die Angst vor den Islamisten bewegt viele Christen – nicht nur die Konvertiten – zur Flucht. Diejenigen, die sich dazu entscheiden, ihre Heimat nicht zu verlassen, müssen ständige Bedrohung aushalten, wie Oehring in seiner Studie schildert: „Die Situation ist mehr als besorgniserregend: Kirchen werden verwüstet und angezündet. Radikal-islamische Gruppen – nicht nur der Islamische Staat – töte(te)n Christen und „ungläubige“ Moslems gleichermaßen. In Gebieten, die unter kurdischer Kontrolle stehen, wurden an den Schulen neue Curricula eingeführt, die auch für christliche Privatschulen gelten sollten. Die Christen lehnten diese Curricula ab, weil sie fürchteten, dass ihre Kinder der Propaganda der kurdischen PYD-Miliz ausgesetzt würden und zudem die Schulabschlüsse außerhalb des Gebiets unter Kontrolle

der Kurden nicht anerkannt würden.

Mehr noch als vor der kurdischen Obrigkeit hatten die Christen allerdings Angst vor der Einrichtung einer „Sicherheitszone“ unter türkischer Kontrolle in Nordsyrien. Die Türkei führt seit Jahrzehnten einen Kampf gegen die kurdisch-separatistische PKK und wollte diesen nun in Nordsyrien fortführen.

US-ABZUG VERSCHLECHTERTE DIE LAGE DRAMATISCH

Die Hoffnung nicht nur der Christen ruhte deshalb auf der US-amerikanischen Truppenpräsenz, die seit 2015 wegen des Kampfes gegen den IS stetig ausgebaut worden war. Äußerungen von US-Präsident Trump, die US-Truppen angesichts des Sieges über den IS abzuziehen, führten zu großer Ver-

unsicherung unter Kurden wie Christen. Man forderte die USA auf zu bleiben, da die Region noch zu instabil sei und dadurch nicht nur der IS wieder an Macht und Einfluss gewinnen könnte, sondern auch die Türkei, deren Invasion man seitens der Christen und der Kurden stets befürchtete. Trump seinerseits rief Deutschland, Frankreich und Großbritannien dazu auf, die amerikanische Präsenz zu übernehmen, was allerdings nicht geschah. Als die US-Truppen abzogen, kam es umgehend zu einer Invasion durch die „Syrische Nationalarmee“, eine von der Türkei aufgebaute Söldnertruppe.

Diese Intervention der Türkei wird nicht nur als eine Tragödie für die Kurden, sondern vor allem auch für die Christen in Nordsyrien beschrieben: „Einig sind sich alle Christen in Nordsyrien, dass die Errichtung einer „Sicherheitszone“ unter der Kontrolle der Türkei ein Desaster für die Menschen in der Region – nicht nur für die Christen – bedeuten und sicher zur weiteren Beschleunigung des Exodus der Christen aus diesem Gebiet beitragen würde“, meint etwa Samir Yaghouna aus dem Dorf Tell Nasri im Khabur-Gebiet: „Wenn Erdoğan diesen Ort angreifen darf, wird kein Christ hierbleiben. Dieses Gebiet wird nicht nur von Kurden bewohnt, sondern auch von Christen.“

Da die türkischen Grenzübergänge zuletzt auch

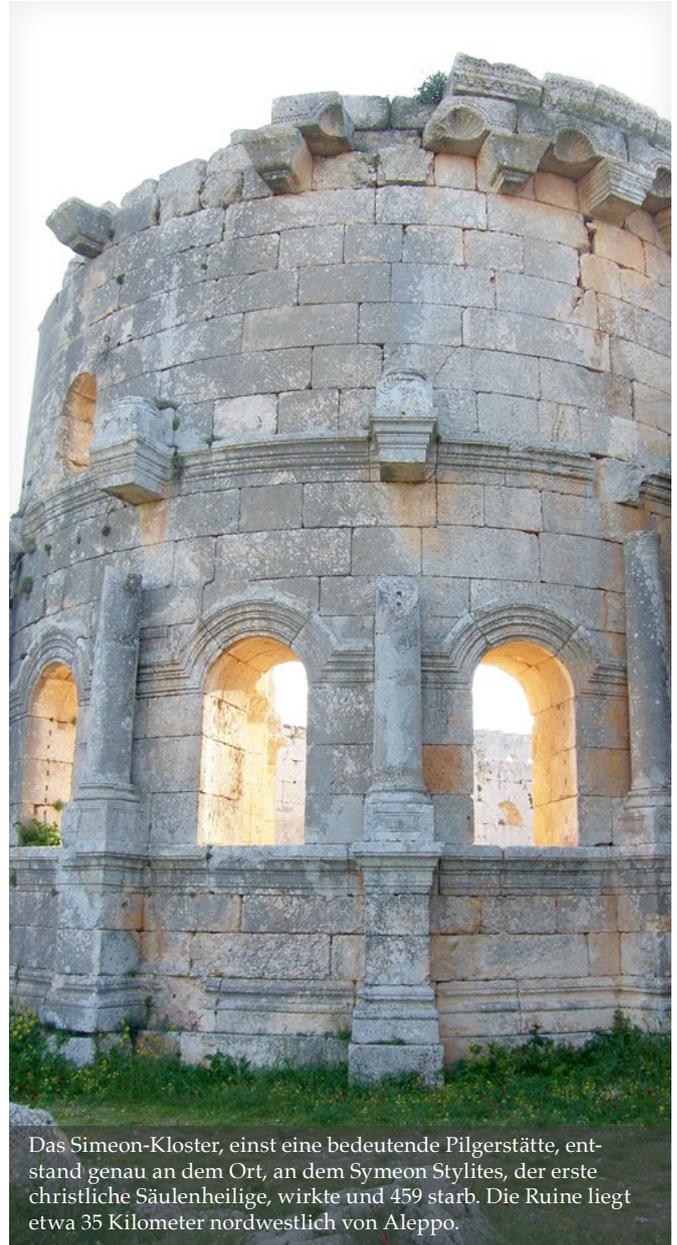
für Christen aus Syrien geschlossen waren und der beschwerliche, gefährliche und zudem kostspielige Fluchtweg in den Libanon oder in den Nordirak schon seit langem keine Option auf eine Aufnahme in einen sicheren Drittstaat eröffnete, hatten sich die Christen mehrheitlich für den Verbleib in ihrer nordsyrischen Heimat entschieden.

MAN GEHT, ODER TRÄUMT VON FRÜHER

Die türkische Invasion – gleichwohl sie nicht das gesamte christliche Siedlungsgebiet Nordsyriens betrifft – hat nun die Rahmenbedingungen neuerlich grundlegend verändert. Auch wenn die Türkei bislang ihr Ziel völliger Kontrolle über das zuvor mehrheitlich von den Kurden der PYD kontrollierte Gebiet Nordsyriens nicht erreichen konnte, hat sich die Lage der Bevölkerung in der Region, vor allem aber der Christen weiter zugespitzt.

Russland hat eine vollständige Invasion der Türkei in Nordsyrien aus Eigeninteresse und im Interesse des Assad-Regimes verhindert. Die USA haben entgegen ihrer anfänglichen Ankündigung doch ein Truppenkontingent in Nordsyrien belassen. Eine abschließende Lösung des Konflikts um eine Sicherheitszone in Nordsyrien ist damit aber auch weiterhin nicht in Sicht.

Die im Land verbliebenen Christen träumen vor diesem



Das Simeon-Kloster, einst eine bedeutende Pilgerstätte, entstand genau an dem Ort, an dem Symeon Stylites, der erste christliche Säulenheilige, wirkte und 459 starb. Die Ruine liegt etwa 35 Kilometer nordwestlich von Aleppo.

Hintergrund mehrheitlich weiterhin von der Vorkriegssituation. Sicher erscheint allerdings schon jetzt, dass das ein Traum bleiben wird. Denn die sunnitisch-islamische Bevölkerungsmehrheit wird ihren Anteil an einem künftigen Machtgefüge in Syrien einfordern. Und in diesem Falle wird für die Zukunft christlicher Präsenz die Frage entscheidend sein, ob sich moderate, orthodoxe oder radikale Sunniten durchsetzen.



Mag. Lukas Ledermann (NdW)

studierte Katholische Fachtheologie an der Universität Wien und arbeitet im Diözesanarchiv der Erzdiözese Wien.

Redaktioneller Hinweis:
Der Beitrag wurde von der Redaktion aus Platzgründen erheblich gekürzt. Die von dem Verfasser autorisierte vollständige Version ist auf www.academia.or.at nachzulesen.

FEUER DEM STAAT – TOD DEM KÖNIG ...?

Una Catalunya lliure: „Foc a l'estat – mort al rei!!“? Für ein freies Katalonien kann man ja sein – aber ist der konkrete der richtige Weg? Ein knapper Rückblick auf 1200 Jahre katalanischer Geschichte und ein Augenzeugenbericht aus dem Oktober 2019.

THOMAS KATH



Am 14. Oktober 2019 verurteilt das Oberste Gericht in Madrid jene Amtsinhaber der verfassungskonform gewählten Regionalexekutive von Katalonien (Generalitat [„Generalstandschaft“] de Catalunya) zu bis zu 13-jährigen Haftstrafen, die am

1. Oktober 2017 ein katalanisches Unabhängigkeitsreferendum organisiert hatten. Das Referendum war unter Hinweis auf die spanische Verfassungslage von der spanischen Regierung in Madrid noch unter Mariano Rajoy untersagt worden. In diesen Tagen bin ich gerade in Kata-

lonien unterwegs, um Material für meine Dissertation zu sammeln. Ich schalte das Radio ein und informiere mich über Ràdio Catalunya – nach Eigendarstellung das einzig „freie“ und „unabhängige“ Informationsprogramm Kataloniens, das mit aller Macht zur Sezession und auf

die Straßen ruft; und bin verwundert.

1200 JAHRE GESCHICHTE ALS SCHWERER BALLAST

Aber der Reihe nach: Die katalanische Ethnogenese begann nach der arabischen Eroberung des gotischen

Spanien, als sich aus christlichen Widerstandsnestern in den Pyrenäen, die logistische Unterstützung aus dem Frankenreich erhalten haben dürften, eine Reihe von Grafschaften entwickelte: Die später bedeutendste unter ihnen, Barcelona, wurde 801 von Lothar, damals noch Kronprinz Karls des Großen, eingerichtet. Nach der fränkischen Reichsteilung 843 sah es zunächst so aus, als würden die Grafschaften voll in Frankreich integriert werden – allerdings fielen sie wieder ab, sobald die letzten Karolinger ausgestorben waren und die Capet die französische Krone übernahmen. Bis etwa 1200 gelang es den Grafen von Barcelona, nicht immer, aber doch zumeist friedlich im Wege einer erfolgreichen Heiratspolitik, die Grafschaften im Rahmen von Personalunionen in ihr Haus zu integrieren; 1137 fiel ihnen auch eine Königskrone zu – jene von Aragón: Seither sprach man von der Krone von Aragón-Barcelona. Auch Carcassonne und die Provence erheirateten sie sich; diese Erwerbungen waren Ausgangspunkt einer Nordexpansion, die Frankreich herausforderte und schließlich 1213 bei Muret mit dem Tod des Königs von Aragón-Barcelona in der Schlacht dramatisch endete.

Aragón-Barcelona wandte sich unter Jakob (Jaime) I. wieder verstärkt der Reconquista zu und eroberte die Balearen und Valencia. Dieser König standardisierte bereits im 13. Jahrhundert die

katalanische Schriftsprache, indem er – für das Mittelalter einzigartig – eine Autobiographie in der Volkssprache hinterließ. Ende dieses Jahrhunderts setzte eine Mittelmeerexpansion ein, die es zur ersten Seemacht in diesem Raum machte, bis die Osmanen auftauchten; Sizilien, Sardinien und das Herzogtum Athen (Attika) waren im 14. Jahrhundert katalanisch. Gleichzeitig verbreitete sich das katalanische Seerecht über seine Seehandelskonsulate im gesamten Mittelmeerraum und avancierte zum allgemeinen Standard.

VERSCHWUNDEN IM SPANISCHEN NATIONALSTAAT

Mit dem Aussterben der Grafen von Barcelona im 15. Jahrhundert setzte der Zugriff Kastiliens ein. Hinzu kamen die kleine Kaltzeit, die Pest sowie bürgerkriegsähnliche Bauernaufstände, die die Bevölkerung noch stärker dezimierten, als es im übrigen Europa ohnehin auch der Fall war; die katalanische Geschichtsforschung spricht vom spätmittelalterlichen Kollaps Kataloniens. Unter Karl V. (in Spanien: Karl I.) erholte sich Katalonien wirtschaftlich zwar einigermaßen, hatte dem inneriberischen Machtzuwachs Kastiliens, das in erster Linie vom amerikanischen Gold und Silber profitierte, allerdings wenig entgegenzusetzen. Nur die Dynastie hielt noch die schützende Hand über Katalonien. Das änderte sich unter Philipp IV. und führte 1640 zur Sezession

sowohl Portugals als auch Kataloniens, das nach holländischem Vorbild die Republik ausrief. Während Portugal in langem Ringen bis 1655 erfolgreich blieb, wurde der Aufstand in Katalonien brutal niedergeschlagen – teils unter Einsatz deutscher Landsknechte, die zuvor im Dreißigjährigen Krieg eingesetzt gewesen waren.

Im Spanischen Erbfolgekrieg unternahm Katalonien neuerlich einen Sezessionsversuch. Dem Anlanden des habsburgischen Erzherzogs Karl (später Kaiser Karl VI.) gemeinsam mit englischen und portugiesischen Truppen auf der Iberischen Halbinsel standen die Katalanen zunächst skeptisch gegenüber: Erst nach einigen Tagen der Belagerung öffnete Barcelona seine Tore, wo Karl

Residenz bezog; bald gewann er die Unterstützung der Katalanen und konnte in der Hauptstadt Aragóns, Zaragoza, zum König von Spanien ausgerufen werden. Als Karl im Frieden von Utrecht auf die spanische Krone verzichten musste, wagten die Katalanen noch alleine die Fortsetzung des Krieges: Die Bourbonen eroberten Barcelona am 11. September 1713 – heute der katalanische Nationalfeier- bzw. -trauertag. Barcelona verlor all seine Privilegien: Seither war Katalonien voll in die spanische Krone integriert, nur im napoleonischen Intermezzo gehörte es kurz zum Kaiserreich Frankreich. Mithin war Katalonien gerade im „goldenen Zeitalter“ des Nationalismus, im 19. Jahrhundert, von der Landkarte verschwunden; es scheint, als



Nur einen Tag nach Bekanntwerden des Urteils des Obersten Gericht hängen bereits gedruckte Transparente an katalanischen Rathäusern „Heute bleibt dieses Rathaus geschlossen als Protest gegen die ungerechten Urteile. Es lebe das freie Katalonien!“ Man hatte die Ureile erwartet, den Streik längst geplant.



Eine bierselige Kundgebung am Vormittag, die Schüler haben offenbar frei bekommen: *Fridays for Future?* Es ist erst Donnerstag.



Der Aktionismus macht weder vor dem Denkmalschutz ...



... noch vor dem Haustier halt.

wolle Katalonien jetzt etwas nachholen, worauf andere europäische Nationen mittlerweile sehr selbstkritische Blicke zurückwerfen.

UNHEILIGE ALLIANZ AUS NATIONALEN UND ULTRALINKEN

Damit erkennen wir bereits die Umrisse der aktuellen Separatistenbewegung Kataloniens: Ein an sich in den Denkmustern des 19. Jahrhunderts geprägter, sehr bürgerlicher Nationalismus hängt sich das Mäntelchen einer mit der „Romantik“ der Bürgerkriegszeit verbrämten republikanischen Linken um – in der Hoffnung, vom medialen Mainstream das Apostroph der „Guten“ verliehen zu bekommen. Der nationale Kampf wird zum Kampf gegen den Faschismus stilisiert, was aktuell dazu führt, dass die Katalanen dem

spanischen Staat die Rechtsstaatlichkeit absprechen. Dabei muss klar bleiben, dass man die Rechtsstaatlichkeit des heutigen Spanien bei objektiver Betrachtung gewiss nicht dem Grunde nach anzweifeln kann, und dass es in Europa nur Kopfschütteln erregen wird, wenn man die Faschismuskeule pausenlos gegen ganz Spanien in seiner Gesamtheit schwingt – umso mehr, als es jetzt ohnedies eine linke Regierung hat.

Genau diese Keule aber wirbelt Rádio Catalunya 24 Stunden pro Tag, und bekanntlich ist es das Schlimmste, was einem in der Politik passieren kann, wenn man beginnt, die eigene Propaganda zu glauben. Warum ist das so – wo die Katalanen in ihrer Autonomie doch heute, Anfang des 21. Jahrhunderts, alles erreicht haben, was man nur erreichen kann, abgesehen von der Eigenstaatlichkeit? Eben: Jetzt bleibt nur mehr eines offen – die Eigenstaatlichkeit. Allerdings sind nicht alle in Katalonien für die Separation:

Interessant ist, dass die prononciert anti-separatistischen Ciudadanos mit 25 Prozent immerhin die stimmenstärkste Partei in Katalonien sind – die katalanische Regierung allerdings isolierend um sie herum gebaut wird.

Um die schweigende Mehrheit der national „Verhaltenen“ – insbesondere Ciudadanos und die PSC – zu umgehen, suchte Carles Puigdemont das Bündnis mit dem linken Rand: Nur so bekam er in Katalonien die parlamentarische Mehrheit für das Unabhängigkeitsreferendum von 2017 zusammen. Und dieses Bündnis möchte ich als toxisch bezeichnen: Der äußeren Linken ist der katalanische Nationalismus einerlei – eine logische Konsequenz ihrer kommunistisch-internationalistischen Ideologie; für sie ist der katalanische Separatismus nur das Vehikel zur Abschaffung der Monarchie – und für die Extremen unter ihnen das Vehikel zur Anarchie: Die linksextreme Message der

Randalierer erschließt sich unmissverständlich aus den Schmierereien, die ich nach den Ausschreitungen in Girona fotografiert habe: „Foc a l'estat!! Mort al rei!!“ – „Feuer dem Staat!! Tod dem König!!“

Dabei, so scheint es, wollen die siebeneinhalb Millionen Katalanen doch nichts anderes, als von den anderen Europäern einfach nur wahrgenommen zu werden als das, was sie sind: Keine Spanier, sondern eine uralte, eigenständige, große Nation wie Holländer, Portugiesen, Schweden, Österreicher, Tschechen oder Ungarn. Und zwar eine lebendige Nation, die nicht in einer fernen mittelalterlichen Vergangenheit schwelgt, sondern Autos baut (SEAT) und der Welt Antoni Gaudí, Pablo Picasso, Salvador Dalí und Jordi Savall geschenkt hat; die sich seit einem Jahrhundert in einem Risorgimento fühlt, dessen äußerer Ausdruck die Baustelle der Sagrada Familia ist. Allerdings besteht nun die Gefahr, dass die Katalanen im Sezessionschaos ihren guten Ruf in Europa als die fleißigsten und zuverlässigsten „Spanier“ verlieren – ebenso wie jene Konzernzentralen, die von Barcelona nach Madrid abwandern. Wirtschaftlich könnte die Sezession somit ein Desaster für Katalonien werden – und für Madrid ein unerwarteter Aufschwung.

REDAKTIONELLER HINWEIS:

Der Beitrag wurde von der Redaktion aus Platzgründen erheblich gekürzt. Die von dem Verfasser autorisierte vollständige Version ist auf www.academia.or.at nachzulesen.



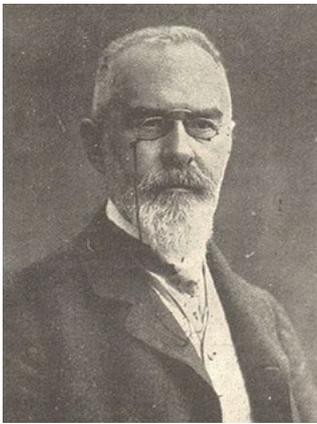
Mag. Thomas Kath, BA (Rg, A-F)

Jahrgang 1972, Jurist, holte 2015–2017 ein Geschichtsstudium nach und dissertiert derzeit aus Rechtsgeschichte. Sein aktueller Forschungsschwerpunkt liegt in den mittelalterlichen Beziehungen zwischen Ungarn und Aragón-Barcelona, und in iberischer Geschichte des Mittelalters.

EIN VERGESSENER LEUCHTTURM DES VÖLKERRECHTS

ZUM 100. TODESTAG DES VÖLKERRECHTLERS UND KATHOLIKEN
HEINRICH LAMMASCH

MARKUS P. BEHAM



Der Katholik Heinrich Lammasch.

Dazu mag ein wesentlicher Faktor beigetragen haben: Am 27. Oktober 1918 wurde er der letzte (und zugleich erste nichtadlige) Ministerpräsident der k.u.k. Monarchie, mit nur 17 Tagen Amtszeit sogar nach heutigen Standards ein Negativrekord. Die politischen Kräfte, die folgten, hatten keine Verwendung für eine Persönlichkeit, die so offen das *ancien régime* verkörperte.

Retrospektiv erscheint Lammasch als tragische Figur. Stefan Zweig berichtet von nur fünf Anwesenden bei Lammaschs „ärmlichem und traurigem“ Begräbnis im Januar 1920, und das trotz der medialen Würdigungen, von der *New York Times* („a world authority on international law“) über die *Neue Freie Presse* und die so-

zialdemokratische Arbeiterzeitung bis zum *Allgemeinen Tiroler Anzeiger*, der seinen Einsatz in der Südtirol-Frage hervorhob, und trotz der Würdigungen von Karl Renner bis Ignaz Seipel (Nc). Die Universität Innsbruck soll eine Gedenkveranstaltung aufgrund der politischen Vorstellungen Lammaschs abgelehnt haben. Für die junge Republik stellten seine Funktionen in der Monarchie ein Negativum dar, für die späteren autokratischen Regime hingegen seine pazifistischen Ideen und seine Bemühungen um Österreich als eigenständigen Staat. Seine Beschäftigung mit dem katholischen Element im Völkerrecht war mit den antiklerikalischen Fortschrittsutopien der Zwischenkriegszeit nicht gut vereinbar und macht ihn für das heutige Publikum zu einer entfernten Figur. Undifferenzierte Bewertungen sahen in ihm alles, von

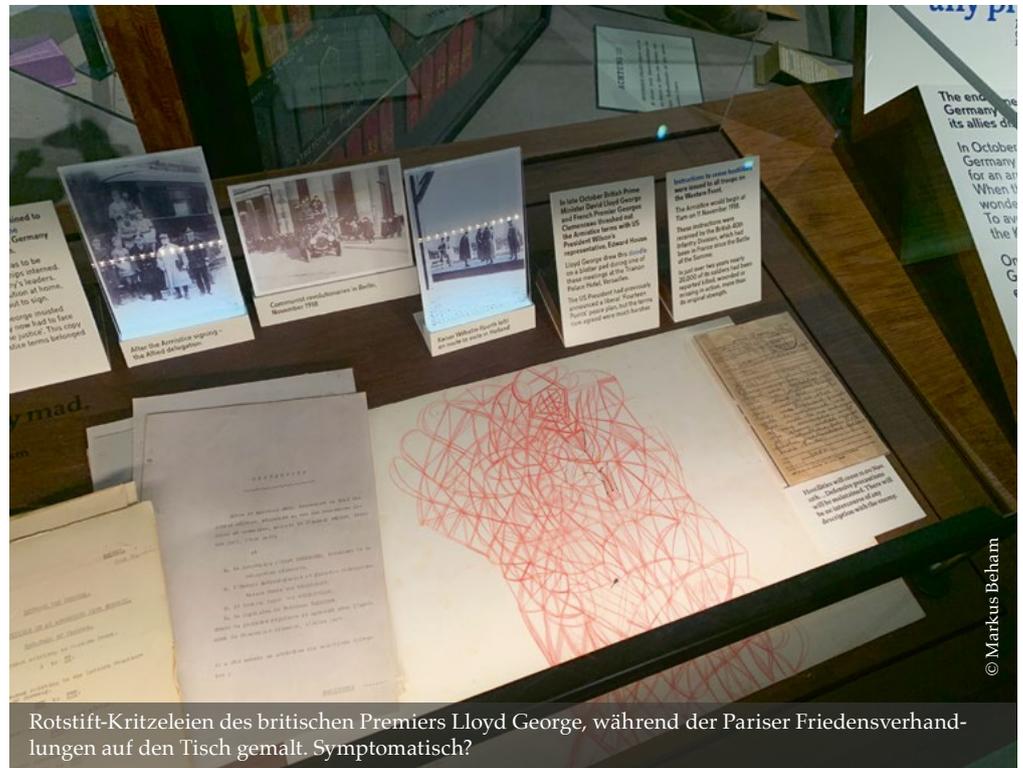
einem friedenspolitischen Schwärmer und Außenseiter bis hin zu einem klerikal-konservativen Vertreter von ganz rechts. So ist lediglich die Lammaschgasse in Wien-Floridsdorf nach ihm benannt, ein Wohngebiet aus zwei lieblos geteerten Sackgassen. Gerade einmal Halle an der Saale beschloss, den Heinrich-Lammasch-Platz als Anerkennung für seine Rolle in der Friedensbewegung nach ihm zu benennen. Erst 1953 wurde eine Büste im Arkadenhof der Universität Wien enthüllt, die heute neben jener Hans Kelsens zu finden ist, 2008 dann eine Gedenktafel in seinem Geburtsort Seitenstetten angebracht und eine kleine Festschrift veröffentlicht.

**AKADEMIKER, PRAKTIKER,
POLITIKER**

Lammasch wurde am 21. Mai 1853 geboren. Zunächst

am Wiener Schottengymnasium, maturierte er dann mit Auszeichnung in Meran. Mit 30 hatte er an der Universität Wien bereits sein Doktorat, seine Habilitation und seine erste Professur für Strafrecht erlangt. Danach übernahm er den Lehrstuhl für Strafrecht, Rechtsphilosophie und Völkerrecht an der Universität Innsbruck, bevor er schließlich an jenen für Strafrecht und Völkerrecht in Wien zurückkehrte, den er bis zu seiner Pensionierung 1914 innehatte. Das Amt des Rektors hat er allerdings, möglicherweise aus mangelnder Lust an der Auseinandersetzung mit der deutsch-nationalen Studentenschaft, an sich vorbeiziehen lassen. Lammasch leistete dogmatische Pionierarbeit in zahlreichen Rechtsbereichen und ersann eine internationale (und europäische) Rechtsordnung, die seiner Zeit weit voraus war und bis hin zu „Vereinigten Staaten von Europa“ reichte.

Lammasch war auch in der Praxis aktiv und trat für die verbindliche friedliche Konfliktbeilegung ein. Im Gegensatz zur heute oft polemisch und populistisch geführten Debatte über die Berechtigung internationaler Schiedsgerichte erkannte er, dass die Möglichkeit, die Zusammensetzung eines Gerichts zu beeinflussen, die Bereitschaft zur Einhaltung des Schiedsspruchs in hohem Maße bestimmt. Als Experte der österreichisch-ungarischen Delegation nahm er an den Haager Friedenskonferenzen von 1899 und



Rotstift-Kritzeleien des britischen Premiers Lloyd George, während der Pariser Friedensverhandlungen auf den Tisch gemalt. Symptomatisch?

1907 teil, und am Ständigen Schiedshof an mehreren Schiedsverfahren.

Ab 1899 war Lammasch auch als Repräsentant der Mittelpartei im Herrenhaus politisch aktiv. Zeitweise zählte er zum engsten Beraterkreises des Thronfolgers Franz Ferdinand. Bis zur letzten Minute unternahm er Versuche, den Weg in den offenen Konflikt zu verhindern, was den Generalstab veranlasste, seine Verhaftung anzuregen, die allerdings von Kaiser Franz Joseph abgelehnt wurde. Während des Krieges war Lammasch Teil der sogenannten Meinl-Gruppe um den Unternehmer Julius Meinl II., die sich für den Bruch mit Deutschland und einen Verhandlungsfrieden einsetzte. Lammasch führte Korrespondenzen mit Kollegen in den Vereinigten

Staaten, um Optionen für eine Verhandlungslösung zu prüfen. Er war fest davon überzeugt, dass die Wissenschaft verpflichtet sei, ihre Kommunikationsnetze auch in Kriegszeiten aufrechtzuerhalten.

EIN PAZIFIST, ABER KEIN UTOPIST

Nach heutigem Verständnis war Lammasch ein Pazifist, der an die Notwendigkeit einer zwingenden Völkerrechtsordnung glaubte. Dabei war er auch von seinen katholischen Werten geleitet, was sich in seinem Engagement in der nach Papst Leo XIII. benannten Leo-Gesellschaft widerspiegelte, wo er seinen späteren Minister für öffentliche Arbeit und soziale Fürsorge, Ignaz Seipel, kennenlernte. Aber Lammasch war auch Pragmatiker und

Realist, der einem „utopischen Pazifismus“ reserviert gegenüberstand. So verband ihn mit Bertha von Suttner eine gegenseitige Hassliebe, was den Ansatz zur Erreichung ihrer Ziele betraf. Dennoch verteidigte er, der selbst mehrfach für den Friedensnobelpreis nominiert worden war, ihre Position und schlug sie alljährlich für ebendiese Auszeichnung vor.

Lammasch war auch ein Bewunderer der USA und ihres Präsidenten Woodrow Wilson. Er hatte gehofft, dass Großbritannien und die USA die führende Rolle in einem Verhandlungsfrieden übernehmen würden. Für Österreich unterstützte er die Schaffung der „Vereinigten Staaten von Großösterreich“ als multinationalen Bundesstaat auf der Grundlage einer dauerhaften Friedenspolitik.

Nach dem Scheitern der Idee einer Donaukonföderation regte er 1919 eine unabhängige, neutrale Alpenrepublik mit dem Namen „Norische Republik“ als europäische Pufferzone an.

LAMMASCH IN SAINT-GERMAIN

Für Österreich markierte der Waffenstillstand vom 3. November 1918 das Ende des Ersten Weltkriegs. Lammasch reiste, begleitet von Frau und Tochter, als Experte der österreichischen Delegation am 13. Mai 1919 zur Pariser Friedenskonferenz.

Die optimistische Erwartungshaltung Lammaschs wich allerdings diametral von der Realität ab: Das Verhandeln sollte ausschließlich den alliierten Mächten vorbehalten sein. Die Situation, die er vorfand, muss im krassen Gegensatz zu seinen früheren multilateralen Erfahrungen in Den Haag und anderswo gestanden haben. Die österreichische Delegation in Saint-Germain war abgeschottet und isoliert. Erst nach Wochen, am 2. Juni 1919, erhielt sie einen ersten Entwurf der Friedensbedingungen.

Der Kontakt mit den alliierten Delegationen beschränkte sich auf schriftliche Korrespondenz. Sämtliche Memoranden Lammaschs wurden entweder gar nie übermittelt oder schlicht ignoriert. Seine Vorschläge wurden zudem von Renner zensiert, darunter einer zur Etablierung Österreichs als

neutralem Pufferstaat. Ein weiterer Vorschlag, Österreich im Gegenzug für Entwicklungshilfe temporär der Verwaltung des Völkerbunds zu unterwerfen, stieß auf Ablehnung.

Lammasch stand dem Völkerbund der Pariser Friedensverträge kritisch gegenüber. Für ihn wäre es unerlässlich gewesen, dass neutrale Kräfte bei der Gründung eine führende Rolle einnehmen. Problematisch fand er zudem, dass der Vertretung der Regierungsinteressen der Vorzug gegenüber jener der Bevölkerungsinteressen gegeben wurde, und dass der Rat primär die Befugnisse der Gründerstaaten sichern sollte. Er begrüßte jedoch die Einrichtung der Internationalen Arbeitsorganisation, zumal er die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse als essentielle Bedingung für den Weltfrieden erachtete, auch ein Ausdruck des Einflusses der katholischen Sozialreformbewegung.

Die Idee einer dauerhaften Organisation zur Erhaltung des Weltfriedens war ein stetes Leitmotiv in Lammaschs Arbeit gewesen. Sein Katholizismus drückte sich in der Überzeugung aus, dass ein Völkerbund zugleich ein spiritueller Bund sein müsse und alles, was nicht die

AV Astoria Druck
(1/4 87 x 116)

christliche Ethik der Nächstenliebe und des Mitleids als Grundlage des Völkerrechts annähme, letztlich ein Nihilismus sei. In Lammaschs Völkerbund sollte auch der Papst bestimmte Aufgaben übernehmen können, etwa die Vorsitzführung in Verfahren vor dem Ständigen Schiedshof.

ZUM SCHLUSS VON DEN ENTWICKLUNGEN ÜBERHOLT

Am 23. Juni 1919 – Lammasch war sich zu diesem Zeitpunkt längst der Überflüs-

sigkeit seiner Anwesenheit bewusst und schon aus Paris abgereist – wurden seine Vorschläge zur Änderung der Satzung des Völkerbundes offiziell vorgelegt und wenig später, wie erwartet, abgelehnt. Am Ende der Friedensverhandlungen erhielt die österreichische Delegation die Bedingungen einfach diktiert und unterzeichnete den Vertrag in seiner finalen Fassung am 10. September 1919. Am Dreikönigstag 1920, vier Tage vor der Gründung des Völkerbundes starb Heinrich Lammasch in Salzburg.



DDr. Markus P. Beham, LL.M. (AW, Oe-D)

ist Habilitand im öffentlichen Recht an der Universität Passau. Eine ausführliche Fassung dieses Beitrags erscheint 2020 in englischer Sprache in einer Sonderausgabe des *German Yearbook of International Law* zu den Pariser Vorortverträgen.

SEIN ODER NICHT SEIN ...

KRITISCHE GEDANKEN ÜBER DIE
THEATER- UND OPERNBÜHNEN WIENS

PAUL DROBEC



Wien wurde vor einiger Zeit wieder zur lebenswertesten Stadt der Welt gewählt. Und dies sicherlich zu Recht. Wir leben in Frieden und Sicherheit, die Umwelt ist sauber, die Lebensmittel sind von erster Qualität, die Gesundheits- und Sozialversorgung ebenso.

Und die Kultur? Wien ist eine Metropole, in der die

Betonung der Kultur einen hohen Stellenwert einnimmt und immer schon eingenommen hat. Die unzähligen Museen mit ihren überaus wertvollen Exponaten, die in prächtigen historischen oder aufregend modernen Bauwerken untergebracht sind. Die zahlreichen Ausstellungen und Sonderschauen, die man in ihrer Vielzahl gar nicht alle besuchen kann,

obwohl jede einzelne sehenswert wäre.

FRAGWÜRDIGE PERSONALENTSCHEIDUNGEN

Es wird zwar von politischer Seite immer wieder versucht, mittels nicht immer nachvollziehbarer Neubesetzungen der Direktionsposten darauf Einfluss zu nehmen. So eine Neubesetzung kann biswei-

len durchaus frischen Wind in veraltete Strukturen bringen. Oft werden jedoch nur persönliche Befindlichkeiten, unbegründete Animositäten oder Freundschaftsdienste befriedigt. Es erscheint völlig unbegreiflich, dass einer integren Direktionspersönlichkeit oder einem erfolgreichen Team Misstrauen entgegengebracht und eine unnötige neue Stellenausschreibung

vom Zaun gebrochen wird. Besonders unerfreulich ist es dann, wenn der erwählte neue Kandidat kurzfristig aus fadenscheinigen Gründen eine Absage erteilt. Es ist völlig unbegreiflich, ja sogar widersinnig, dass man von öffentlicher Hand versucht, erfolgreiche und international anerkannte Tätigkeiten zu unterbinden.

Wie gesagt: Wir leben in unserem Land auf einer Insel der Seligen und jammern zu meist auf hohem Niveau. Wir können täglich unter zahlreichen Künstlern von Weltrang wählen. Insbesondere ist dabei die Musik- und die Theaterszene hervorzuheben ... oder war es zumindest.

SPRACHE WAR WICHTIGER ALS REGIE-EINFÄLLE

Ich liebe die Bühne und das Theater. Eine Zeit lang hatte ich sogar die Absicht, mich beruflich dahingehend zu orientieren. Im Laufe der vielen Jahrzehnte habe ich über 3000 (dreitausend) Theateraufführungen gesehen. Viele exemplarische Aufführungen sind mir noch in bleibender Erinnerung.



Mephisto (Bibiana Beglau) und Faust (Werner Wölbern) im Wiener Burgtheater

© Matthias Horn

macht eine Weiterentwicklung, eine Veränderung und eine Wandlung durch. Jedoch nicht immer zum Besseren.

Früher einmal standen der Schauspieler, das deklamierte Wort und die Sprache im Vordergrund. Es gab sogar den Begriff „Burgtheaterdeutsch“! Die Schauspieler hatten sprechen gelernt und konnten ihre Texte und Phrasen so deutlich über die

auch auf der vierten Galerie gut verstanden hat. Und dies ohne technische Hilfsmittel wie Kopfmikrofone, Verstärker oder Lautsprecher. Wer vor vier bis fünf Jahrzehnten einmal die Ringparabel auf einer Wiener Bühne gehört hat, wird dies nie vergessen. Auch heute gibt es noch gute Sprachkünstler. Man denke nur an den vor wenigen Monaten verstorbenen Peter Matic, dessen markante

*„Die Pfosten sind, die Bretter aufgeschlagen,
und jedermann erwartet sich ein Fest ...
Ihr wißt, auf unsern deutschen Bühnen
probiert ein jeder, was er mag ...“*

(Goethe, Faust, Vorspiel auf dem Theater)

Man soll nicht dem Althergebrachten nachtrauern. Alles

Rampe bringen, dass man sie sowohl im Parterre als

Stimme unverkennbar war. Auch Schauspieler aus be-

nachbarten Ländern sind auf unseren Bühnen mit großem Erfolg aufgetreten und haben sich dieser hohen Sprache befließigt.

Wie schon gesagt: Die Sprache stand im Vordergrund. Die Spieler wurden von einem kundigen Regisseur geführt, der sich in den dramatischen Text, in das aufzuführende Theaterstück und die menschlichen Figuren einzufühlen vermochte. Diese Regie blieb oft im Hintergrund und diente der Dichtung. Sie verdeutlichte die gesprochenen Empfindungen und die verbalen Reaktionen.

WEHRLOSE WERKE – BIS ZUR UNKENNTLICHKEIT VERZERRT

Heutzutage regiert das Regie-Theater: Die Dichtung wird vergewaltigt, die Theaterstücke oft bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt, Szenen gestrichen und andere Texte eingebaut. Die Dramaturgie wird oft gänzlich verändert und die ursprüngliche Problematik bekommt ein ganz anderes Gewicht. Zumeist hat sich ja der Dichter bzw. Autor beim Aufbau und bei der Formulierung seiner Stücke etwas gedacht, etwas aussagen und ausdrücken wollen. Da er sich nicht mehr wehren kann, werden seine Theaterstücke manchmal bis zur Unkenntlichkeit verändert. Wenn so ein Regie-Kaiser etwas anderes über die Rampe bringen möchte, warum schreibt er dann nicht selber ein Theaterstück, um dies auszusagen?

Auch sind die Bühnen von übermäßiger Ausstattung, die bisweilen gar nicht sinngebend ist, überfrachtet, so dass das eigentliche Schauspiel, der gesprochene Dialog und die leisen emotionalen Zwischentöne völlig verloren gehen.

Man bemüht sich auch Romane, Erzählungen und epische Texte zu dramatisieren. Warum? Gibt es nicht genügend Theaterstücke, die man gut inszenieren könnte? Der Dichter hat wohl einen Grund gehabt, warum er diese Erzählform gewählt und kein Bühnenstück abgefasst hat.

Bei einer Ausstellung von Gemälden alter Meister käme wohl niemand auf den Gedanken, diese Bilder teilweise zu übermalen, zurechtzuschneiden oder Teile davon mit modernen Dingen zu kombinieren. Warum tut man dieses den Dramatikern an? Es gibt moderne Galerien, in denen wir zeitgenössische Kunst betrachten können. Ebenso sollten solche Regie-

experimente der modernen Literatur vorbehalten bleiben.

SKEPSIS IST AUCH AN DER OPER ANGEBRACHT

Leider geht es auch beim Musiktheater nicht viel anders zu. In den vielen Jahrzehnten habe ich über 1500 Opernaufführungen erlebt. Wir können gar nicht ermessen, was für einen künstlerischen Schatz wir in unserer Wiener Staatsoper haben, gleich gefolgt von der Volksoper und den anderen Musikbühnen. Wunderbare Operndirektoren haben durch viele Jahrzehnte diese Häuser betreut und zu künstlerischen Höchstleistungen geführt. Warum lässt man einen so erfolgreichen Operndirektor gehen? Schon die Ankündigungen seines Nachfolgers lassen das gleiche Schicksal wie an manchen Schauspielbühnen befürchten.

Es erhebt sich natürlich auch die Frage: Wer ist schuld an dieser Situation? Wer sollte zuletzt dafür auch die Ver-

antwortung tragen? Bedauerlicherweise ist die Bestellung eines Theater- oder Operndirektors ein Politikum. Es geht dabei offensichtlich nicht um die Erhaltung der Qualität, des hohen Niveaus oder der Besucherfreundlichkeit. Politische Entscheidungen, die oft weit von künstlerischen Erwägungen oder der Pflege der Tradition entfernt sind, kosten unnötig viel Geld, ruinieren den Kulturbetrieb und stoßen das ohnehin meist sehr nachsichtige Publikum vor den Kopf.

SIND DICHTER UND KOMPONISTEN RECHTLOS?

Man soll nicht immer das Alte verherrlichen. Die Erinnerung verklärt auch oftmals. Wenn man heute alte Filmaufnahmen von Theater- oder Opernaufführungen vor etlichen Jahrzehnten

ansieht, so sind sie zwar von hohem künstlerischen Niveau, entsprechen aber bisweilen nicht mehr der heutigen Betrachtungsweise. Man muss auch Neuerungen und Weiterentwicklungen Raum geben. Ich verschließe mich auch nicht prinzipiell einer „modernen“ Aufführung und versuche, mir trotz schlechter Kritiken ein Bild vor Ort zu machen. Es ist jedoch manchmal sehr schwierig, bis zum Ende einer Aufführung auszuhalten, weil auf den Brettern, die die Welt bedeuten, nicht das zu sehen und zu hören ist, was die Dichter und Komponisten eigentlich geschaffen haben.

Es bleibt nur zu hoffen, dass Dichter und Komponisten stärker sind und auch diese Angriffe auf ihre Werke überstehen.



MR Prim. Prof. Dr. Paul Drobec (NdW)

ist Leiter des Augenärztlichen Zentrums Innere Stadt, bildender Künstler und Lyriker, Altballeimeister des Deutschen Ordens

Wir verbinden,
was zusammen
gehört.

BANK+VERBINDUNG

Gemeinsame Werte, Zusammenhalt und Verlässlichkeit zeichnen eine starke Verbindung aus. Die Partnerschaft der Raiffeisenlandesbank OÖ und der Academia ist darüber hinaus von einem nachhaltigen Miteinander und der Bereitschaft, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen, geprägt.

Starke Partner – starke Verbindung:
Raiffeisenlandesbank OÖ und ÖCV Academia

www.rlbooe.at



**Raiffeisen Landesbank
Oberösterreich**



DIE SCHLEICHENDE BEVORMUNDUNG

HERBERT KASPAR

Die freie Meinungsäußerung und nicht dem Mainstream entsprechende Gedanken haben es nicht nur in den Medien, sondern auch an den Universitäten immer schwerer. Ausgehend von den USA kommt es auch in Europa immer öfter zu Ausübung brutaler Meinungsdictatur. Professoren werden gemobbt, Redeauftritte verhindert, Bücher unliebsamer Autoren entfernt. Eine politisch korrekte Minderheit hat die Deutungshoheit an sich gerissen und ein Meinungsklima geschaffen, in dem nicht Fakten zählen, sondern die „richtige“ moralische Einstellung. Und diese moralische Selbstermächtigung fußt auf einer höheren Einsicht in die Zusammenhänge, die sich Nicht-Linken Denkern verschließt. Womit der Politmoralist immer recht hat und sich Debatten über kontroversielle Themen erübrigen, da die „Wahrheit“ ja bereits feststeht. Unbelehrbare Andersdenkende haben bekanntermaßen unlautere Absichten, man kann sie daher – je nach Anlass-

fall – als Nazis, Faschisten, Rassisten oder Islamophobe denunzieren.

So wurde etwa an einer deutschen Uni die Entlassung einer Professorin gefordert, weil sie es gewagt hatte, eine Diskussion über das Kopftuch anzusetzen – und die Anlassfälle werden immer mehr; jetzt auch in Österreich. Schon im Vorjahr hatte die linksextreme ÖH-Führung verlangt, eine Diskussion mit der bekannten Feministen Alice Schwarzer abzusagen und immer wieder gegen den Historiker Lothar Höbelt polemisiert. Nunmehr kam es Anfang 2020 erneut zur Störung seiner Vorlesung samt körperlicher Gewaltanwendung. Die Reaktion der sonst so empörungsfreudigen Eliten auf diesen ungeheuerlichen Angriff auf die Wissenschaftsfreiheit war gleich null. Die Tugendwächter wissen sich auf der „richtigen“ Seite, Andersdenkende haben auf der Uni nichts verloren, zumal diese andere Prioritäten hat: etwa eine Richtlinie zum

„genderinklusiven Sprachgebrauch“, der auch das dritte Geschlecht berücksichtigt. Vielleicht findet sich jemand, der das Rektorat daran erinnert, dass wir seit 1867 (!) die Wissenschaftsfreiheit in Österreich haben.

Auch außerhalb der Universitäten ist es um die freie Meinungsäußerung nicht gut bestellt. Erst im Vorjahr hat das renommierte deutsche Allensbacher Institut erhoben, dass nur 18 Prozent (!) der Befragten im öffentlichen Raum die freie Meinungsäußerung gewährleistet sehen – ein beschämendes Ergebnis gut 75 Jahre nach dem Ende der Nazi-Diktatur und 30 Jahre nach der Implosion der DDR. Zunehmender Druck durch Tabus, ungeschriebene Gesetze und überzogene Political Correctness lassen Bürger verstummen. Die schweigende Mehrheit

macht ihrem Unmut dann immer öfter in der Wahlzelle Luft.

Auch in Österreich werden die Bürger immer vorsichtiger, nicht nur weil die Meinungsfreiheit 2011 durch den Gummiparagraphen 283 StGB merkbar eingeschränkt wurde. Wer gehofft hatte, die neue Regierung werde bei Meinungsdelikten entschärfen, wurde enttäuscht. Im Regierungsprogramm finden sich gegenteilige Hinweise – eine ungesunde Entwicklung mit dem Keim einer totalitären Gesinnung, die nach Zensur ruft. Dadurch steht unser westlicher Way of Life auf dem Spiel und damit die pluralistische Demokratie einer offenen Gesellschaft mit intellektueller Vielfalt.

Wehren wir uns gegen die fortschreitende Bevormundung.



Prof. Dr. Herbert Kaspar (Am)

war von 2001 bis 2013 Herausgeber und von 2013 bis 2015 Chefredakteur der ACADEMIA.

REZENSION

DENKANSTÖSSE EINES BESORGTEN Wilhelm Ortmayr (Lo, NdW)



Warum ist die Demokratie für uns alle so wichtig? Was sind die ersten Signale, an denen ich diktatorische Entwicklungen erkennen kann? Was kann ich als Einzelner tun, um eine Diktatur zu verhindern? Ist eine Diktatur in der Gegenwart undenkbar?

Den bekannten Innsbrucker Rechtsanwalt und Vorortspräsident 1964/65 Ivo Greiter (AIn) haben solche Fragen seit jeher stark beschäftigt. Denn seinen Vater Franz Greiter, den späteren Bürgermeister von Innsbruck, hat-

ten die Nazis sofort nach dem Einmarsch 1938 inhaftiert, danach wurden er und sein Vater Josef Greiter jahrelang bespitzelt und unter Druck gesetzt. Als Anwälte und CVer hatten beide nicht nur mit massiven Behinderungen zu kämpfen, sondern waren tagtäglich mit dem Unrecht und der legislativen Gewalt des NS-Staates konfrontiert.

Ivo Greiter hat schon während der ersten schwarz-blauen Koalition unter Wolfgang Schüssel hat Ivo Greiter begonnen, Zitate zu sammeln, die seinen kritischen und besorgten Blick auf das politische Zeitgeschehen untermauern. 145 Ausschnitte aus Interviews, Zeitungsartikeln und anderen meist schriftlichen Quellen sind es letztlich geworden bis zum Scheitern der Regierung Kurz / Strache, aus deren Ablehnung der Tiroler nie ein Hehl gemacht hat.

Im nunmehr vorliegenden Buch, das Greiter allen nach 1945 geborenen Menschen widmet - „vor allem aber den ganz Jungen“ – untermauern

die vielfältigen Ausschnitte genau 229 von Greiter formulierte „Denkanstöße für Selbstdenker“. Thesen sozusagen, für die er stets Belege findet, Zeugen sprechen lässt, kompetente Unterstützer zu Wort kommen lässt.

Ein spannendes Buch, allein optisch und vom Aufbau her. Greiter gliedert seine 229 Denkanstöße in insgesamt 35 Abschnitte, die allesamt mit einem rot gedruckten Titel beginnen – einem Behauptungssatz. Das Inhaltsverzeichnis, wo diese 35 roten Sätze kompakt auf zwei Seiten stehen, liest sich wie eine Charta gegen Demokratie- und Rechtsstaatsverfall. Von „Demokratie muss jeden

Tag neu erkämpft werden“ und „Jede Einschränkung der Meinungs- und Pressefreiheit ist Vorbote einer drohenden Diktatur“ über „Die Angst wird als Mittel für die Erreichung politischer Ziele eingesetzt“ und „Beleidigungen, Verspottung und Aggressivität nehmen zu“ bis zu „Wir können aus der Vergangenheit lernen“.

Ivo Greiter (AIn)

Nie wieder Diktatur!

Unmerklich kann sie sich hereinschleichen

Das Buch kann in der Innsbrucker Buchhandlung Tyrolia, Maria-Theresien-Straße erworben oder unter innsbruck@tyrolia.at bestellt werden.



Andreas Unterberger

Das ganz unkorrekte
Tagebuch zu Politik,
Wirtschaft und Gesellschaft

Österreichs meistgelesener
Internet-Blog:

www.andreas-unterberger.at

LESERBRIEFE

ACADEMIA 6/2019: „CHRISTLICH, ABER OHNE TIEFGANG“

Es wundert mich nicht, dass die Österreicher mehrheitlich den Islam als Bedrohung empfinden. Diese Aussage ist auch für Deutschland zutreffend. Wir hatten in unserem Land das Problem, dass im Jahre 2015 circa eine Million Flüchtlinge unkontrolliert einreisten mit erheblichen negativen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kriminellen Folgen. Dieses Problem wurde dadurch verschärft, dass sich unter den Flüchtlingen so viele Muslime befanden, die unsere Kultur und sozialen Gepflogenheiten missachten und die sich nicht integrieren wollen oder können. Ich nenne nur einige Problemfelder: die Verweigerung des Handshlags gegenüber Frauen, die Nichtteilnahme am Schwimm- oder Sexualkunde-Unterricht, das archaische Frauenbild, die Vollverschleierung, das Schächten von Tieren, das Beschneiden von Jungen und auch Mädchen, die Verheiratung Minderjähriger, die Zwangsheiraten, die Paralleljustiz der Sharia bis hin zu dem Hass auf Juden, den sogenannten Ehrenmorden oder den Selbstmordattentaten. Bei diesen Fakten dürfte es noch Jahrzehnte dauern, bis vielleicht der unüberlegte Spruch „Der Islam gehört zu Deutschland“ seine Berechtigung erlangt.

Hier müssten Politik und Justiz härter durchgreifen, und die gemäßigten Muslime, die sicher in der Mehrzahl sind, sollten korrigierend und mäßigend auf ihre Glaubensbrüder einwirken.

In Österreich regiert ein Bundeskanzler, der hinsichtlich der Migrationspolitik die richtigen Wege beschreitet, während in Deutschland die Bundeskanzlerin diesbezüglich den größten Fehler ihrer Amtszeit begangen und damit einer rechtspopulistischen Partei zu ungeahnten Erfolgen verholfen hat.

**Prof. Dr. Claus Werning (ArF, Rd)
D-50226 Frechen/Köln**

ACADEMIA 6/2019: „KNACKPUNKT MIGRATION“ UND „KOMMENTAR VON DR. JOSEF HÖCHTL“

Zum Artikel „Knackpunkt Migration“ und dem „Kommentar“ von Dr. Höchtl (F-B) in der letzten Ausgabe der Academia sollte man noch auf einige, die Beziehungen zwischen Islam und Christentum betreffende, selten kommentierte Fakten verweisen, ehe man in eine Diskussion über Vereinbarkeit derselben einsteigt.

Schon für die Anfangszeit dieser beiden Religionsgemeinschaften gibt es drastische Unterschiede: Bei den Christen kam es über dreihundert Jahre lang zu keiner-

lei Anstiftung von Kriegen, es sei denn, man will die Prophezeiung „In diesem Zeichen wirst du siegen“ als solche betrachten. Im Islam war schon der Prophet in Kämpfe verwickelt und im ersten Jahrhundert nach der Religionsgründung führten die Eroberungszüge der Anhänger des Propheten bis zur Iberischen Halbinsel im Westen und Indien im Osten. Was die Beziehungen zum Judentum betrifft, ist festzustellen, dass schon Jesus selbst und die jungen Christengemeinden ständigen Verfolgungen durch führende jüdische Kreise ausgesetzt waren, sich diesen aber nicht mit Gewalt widersetzen. Der Islam wurde von diesen zwar ebenfalls abgelehnt, was fallweise zu Gewalttätigkeiten führte, seine Ausbreitung aber vielfach durch jüdische Gemeinden unterstützt.

Die Auffassungen über die Person Jesu sind grundverschieden. Während Er für die orthodoxen und katholischen Christen Gottes Sohn (ganz Gott und ganz Mensch) ist, wird er im Islam nur als Sohn Mariens und als Zeuge für die Wahrheit der Offenbarung bezeichnet. Im Koran wird Er an mehreren Stellen erwähnt (siehe besonders die Maria gewidmete Sure 19).

Die Leitung der Gemeinden erfolgt bei den Christen durch das Apostelkollegium und deren Nachfolger (Bi-

schöfe), die als Zeugen für die Lehre Jesu und seinen Tod und seine Auferstehung auftreten. Sie bekleiden normalerweise keine politischen Ämter. Im Islam waren die Nachfolger des Propheten von Anfang an Anführer auch im politischen Sinn (Kalifen, Emire, etc.).

Das Zusammenleben mit anderen Religionsgemeinschaften sollte für Christen der Normalfall sein. Abweichungen haben sich dadurch ergeben, dass weltliche Herrscher das Christentum zur Staatsreligion erhoben, wodurch es bald auch zu gewaltsamen Christianisierungen kam (was der christlichen Lehre eigentlich widerspricht). Im Islam wird eine Bekämpfung der Ungläubigen gefordert und nur den Buchreligionen eine gewisse Toleranz zugestanden (vgl. z. B. Sure 33,26 und 61).

Angesichts dieser und vieler anderer Fakten ist damit zu rechnen, dass eine Aufrechterhaltung der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung in Westeuropa schwer möglich sein wird, sobald der Bevölkerungsanteil der Muslime in wichtigen Ballungszentren qualifizierte Mehrheiten für islamistische Gruppierungen ermöglicht.

**Dkfm. Wilhelm Mühlöcker (Baj)
6020 Innsbruck**

Denk
WOZU
vorsorgen?

Denk

